

Arbeiter Zeitung

Wochenendausgabe

TAGESZEITUNG DER SOZIALISTISCHEN ARBEITERPARTEI

Papen geht — Hindenburg macht weiter

Das Kabinett tritt zurück, aber seine Politik soll fortgesetzt werden

Berlin, 17. November.

Amtlich wird mitgeteilt: Der Reichskanzler erstattete heute dem Herrn Reichspräsidenten Bericht über das Ergebnis der Besprechungen, die er im Auftrage des Herrn Reichspräsidenten mit den Parteiführern zur Erzielung einer möglichst breiten nationalen Konzentration gepflogen hat. Während die Deutschnationale Volkspartei, die Deutsche Volkspartei und die Bayerische Volkspartei auf dem Standpunkt stehen, daß sie jede solche Konzentration begrüßen, welche die Arbeit der Reichsregierung zu erleichtern in der Lage sein würde, hat der Führer der Zentrumspartei der Ansicht Ausdruck gegeben, daß ihm Führung und Zusammensetzung des gegenwärtigen Kabinetts nicht geeignet erscheinen, den Zusammenschluß dieser Kräfte sicherzustellen. Die SPD hat den Wunsch des Kanzlers zu einer Unterhaltung über die Mitarbeit in einer nationalen Notgemeinschaft schroff abgelehnt. Die NSDAP hat mitgeteilt, daß sie nur unter gewissen Vorbedingungen zu schriftlichen Verhandlungen bereit sei, wobei sie es von vornherein ablehnt, das von der Reichsregierung in Angriff genommene politische und wirtschaftliche Programm zu unterstützen.

In dieser Lage glaubt die Reichsregierung, die unter Einsatz aller ihrer Kräfte versucht hat, den ihr vom Herrn Reichspräsidenten am 1. Juni erteilten Auftrag auszuführen, im besten vaterländischen Interesse zu handeln, wenn sie heute ihr Amt in die Hände des Herrn Reichspräsidenten zurücklegt. Sie handelt dabei — ohne den Grundsatz autoritärer Staatsführung preiszugeben — nach dem von ihr schon vielfach ausgesprochenen Prinzip, daß Rücksichten auf Personen in dieser so ernsten Stunde keinen Raum haben können. Sie wünscht, dem Herrn Reichspräsidenten den Weg völlig freizumachen, damit er als der Führer der Nation und gestützt auf die hohe Autorität seines Amtes die Zusammenfassung aller wahrhaft nationalen Kräfte herbeiführen möge, die allein den Weg der deutschen Zukunft sichern kann.

Der Herr Reichspräsident nahm die Demission der Reichsregierung entgegen und beauftragte das Kabinett mit der Weiterführung der Geschäfte.

Die Bedeutung dieser Regierungskrise

Wohl selten in der Geschichte ist eine Regierung mit solcher Anmaßung, mit solcher Selbstherrlichkeit und Siegesgewißheit aufgetreten, wie wir es beim Kabinett Papen bis in die letzten Tage hinein erlebt haben. Und was ist das Ergebnis all dieser großen Worte: nicht nur ein geradezu fluchtartiger Auszug aus den Ministerien, sondern ein Trümmerhaufen schlimmster Art. Im Verhältnis Deutschlands zu den anderen Mächten, in

den Beziehungen zwischen Reich und Ländern, in der Wirtschaft und Finanzpolitik — wohin man blickt, nichts als Scherben. Die großen Gesten, die die starken Männer dieser Regierung, der Stolz des reaktionären Bürgertums, gemacht haben, konnten weder diese Regierung noch das kapitalistische System retten. Im Gegenteil: die Erbschaft, die diese Regierung ihrer Nachfolgerin überläßt, ist die schlimmste, die bisher von einem kapitalistischen Kabinett einem anderen übergeben wurde. In diesen knapp 6 Monaten der Papenregierung wurde dem Terror der SA der Weg freigegeben, brennen die Sondergerichte ihr blutiges Handwerk, wurden die sozialen Leistungen, die Löhne und Gehälter in noch nicht dagewesenem Maße gekürzt und die Finanzen des Reiches auf Jahre mit einem gewaltigen Defizit belastet.

Der Bankrott dieses Regimes ist ein neuer Beweis für die Unfähigkeit der kapitalistischen Klasse, die Krise des kapitalistischen Systems zu überwinden. Der Zusammenbruch des Papen-Schleicher-Experiments ist darüber hinaus die Bescheinigung für die besondere Unfähigkeit jener Junkerkaste, die schon einmal durch ihre ebenso kurzsichtige wie verbrecherische Politik sowie dazu beigetragen hat, Deutschland und die Welt in das furchtbarste Verhängnis (des Weltkrieges 1914 bis 1918) zu reißen.

Wohl jeder deutsche Arbeiter wird bei der Nachricht vom Rücktritt dieses Kabinetts eine gewisse Freude empfunden haben. Dieses Gefühl ist verständlich, wenn es Schadenfreude ist über dieses ungeheure Mißverhältnis von Ankündigung und Ergebnis — aber es ist durchaus nicht der geringste Anlaß zu sachlicher Genugtuung für die Arbeiterklasse gegeben. Dazu hätten wir nur dann ein Recht, wenn der Sturz dieser Regierung durch die Kraft und Empörung der Arbeiterklasse herbeigeführt worden wäre. Das aber ist ganz und gar nicht der Fall.

Das muß besonders deutlich gesagt werden, weil die sozialdemokratische und kommunistische Presse bereits dabei ist, der Arbeiterklasse das Gegenteil hiervon, das Gegenteil von der Wahrheit einzureden. Die sozialdemokratischen Blätter behaupten, die Absage der Sozialdemokratie an Papen habe in der Wilhelmstraße und in allen politischen Kreisen „wie ein Blitz eingeschlagen“ und „wie ein Signal gewirkt“. Wer lacht da nicht? Aber noch viel schlimmer treibt es die KPD-Presse. „Proletarische Offensive sprengt Papenkabinett“ heißt es über die ganze Seite an der Spitze der heutigen Ausgabe des Breslauer KPD-Blattes, und dann wird u. a. folgendes verkündet:

„Die Gegenwehr des Proletariats gegen Lohn- und Unterstützungsabbau, gegen unerträgliche Besteuerung, gegen beispiellose politische Unterdrückung hat das Papenkabinett gesprengt. Die Einheitsfrontaktion des werktätigen Volkes unter Führung der KPD und RGO hat die Papenpläne zum Scheitern gebracht. Nicht die erbärmlichen Bittgänge der SPD-Führer, nicht die Strigbügelhalter Papens, wie Hitler und Goebbels, sondern die kämpfende Einheitsfront hat das Papenkabinett zur Demission gezwungen. Die 6-Millionen-Front des Kommunismus hat die Demission des Papenkabinetts erzwingen.“

Es ist ein Verbrechen an der Sache der deutschen Arbeiterklasse, den deutschen Proletariats eine solche Fälschung der tatsächlichen Situation vorzusetzen. Der Rücktritt Papens wurde nicht durch die Arbeiterschaft erzwungen, sondern im Gegenteil: die Aktionsunfähigkeit, die Führungslosigkeit der

deutschen Arbeiterklasse ermöglichte es der Bourgeoisie, vor aller Öffentlichkeit ihre Meinungsverschiedenheiten auszutragen und sich eine Regierungskrise zu leisten. Und wie auch der Name des Mannes sein wird, der jetzt auf Papens Stuhl Platz nimmt — das eine steht fest: die neue Regierung wird nicht weniger reaktionär, nicht weniger arbeiterfeindlich sein, als die eben abgetretene.

Die Arbeiterklasse steht vor neuen schweren Kämpfen, die ganz andere Anstrengungen und Opfer als die Abgabe eines Stimmzettels von ihr fordern werden. Soll sie der drohenden Niederlage entgehen, sollen diese Kämpfe zum Siege der Arbeiterklasse führen, dann ist vor allem anderen eins das Gebot dieser Stunde: Die Arbeiter müssen die Situation in ihrem ganzen Ernst erkennen und aus dieser Erkenntnis die Folgerungen ziehen für ein geschlossenes aktives Auftreten des Proletariats.

Hindenburgs nächste Pläne

Der Reichspräsident empfängt heute den Führer der Deutschnationalen, Hugenberg, den Führer des Zentrums, Kaas, und den Führer der Deutschen Volkspartei, Dingeldey. Für morgen ist Hitler und der Führer der Bayerischen Volkspartei, Schäffer, eingeladen worden. Man rechnet damit, daß auch Hitler der Einladung Folge leistet. Eine Einladung an die Sozialdemokraten ist nicht ergangen.

Wie die Hugenberg-Presse mitteilt, wird der Reichspräsident die Parteien von vornherein darüber nicht im Unklaren lassen.

daß die Reichspolitik im Prinzip in der bisherigen Linie fortgesetzt werden müsse.

Vor allen Dingen werde der Reichspräsident keine Vorschläge entgegennehmen und in Erwägung ziehen, durch die die Selbstständigkeit Preußens wiederhergestellt werden würde, die eine Gefährdung der in Angriff genommenen Reichs- und Verfassungsreform darstellen würden oder die insbesondere geeignet waren, den präsidentiellen autoritären Charakter einer neuen Reichsregierung zu gefährden. Auf nebensächlicheren (1) Gebieten, vor allen Dingen in der Wirtschaftspolitik, werde der Reichspräsident nicht am Buchstaben der Papenpolitik festhalten. Die Hugenberg-Presse erklärt weiter, es sei unmöglich, zur Stunde irgendwelche Kombinationen anzustellen, wie eine neue Regierung aussähen werde oder ob die alte Regierung unverändert oder in veränderter Gestalt wieder zurückkehre. Ueber eins dürfe aber kein Zweifel bestehen: Sollten die Verhandlungen mit den Parteien scheitern, so werde der Reichspräsident nicht das Staatsschiff sinnlosen Zufälligkeiten preis geben, sondern dann erst recht das Ruder fest in die eigene Hand nehmen.

Neue Notverordnung

(Nach Redaktionsschluß eingegangen.)

Berlin, 18. November.

WTB. Der Reichspräsident hat auf Grund des Artikels 48 eine Notverordnung erlassen, die die Frage der Teilung der Gewalten zwischen den Reichskommissaren und dem preussischen Staatsministerium regelt.

SAP im Vormarsch

Nachwort zu den sächsischen Gemeindewahlen

Jetzt kann man es ja verraten: die sächsischen Gemeindewahlen fanden zu einem für unsere Partei außerordentlich ungünstigen Termin statt. Als am Abend des 6. November die Ergebnisse der Reichstagswahl mit ihrem Rückgang der SAP-Stimmen bekannt wurden, da war das für unsere sächsischen Genossen ein besonders harter Schlag. Sie mußten befürchten, daß die Schlappe vom 6. November auch die Hoffnungen, die sie auf den 13. November gesetzt hatten, zerstören würde. Es kam hinzu, daß die kostspielige Agitation, die die großen Parteien ganz anders als wir zur Reichstagswahl entfaltet hatten, zugleich auch zu der Kommunalwahlen für diese Parteien wirken mußte. Die Chancen waren also viel schlechter, als sie zu einem früheren Zeitpunkt, unabhängig von anderen Wahlen, gewesen wären.

Aber unsere Genossen ließen sich nicht entmutigen, sie handelten nach dem Dichterspruch: „Siege oder Niederlagen, immer gilt es, frisch zu wagen!“ Ohne irgendwie nennenswerte finanzielle Mittel wurden in diesem Gemeindewahlkampf, der auch noch durch die Schikanen des Burgfriedens erschwert war, die äußersten Anstrengungen gemacht. Und heute können wir sagen, daß der Erfolg nicht ausgeblieben ist.

Fast ausnahmslos in allen Orten, in denen unsere Partei mit eigenen Listen auf den Plan trat, wurde das Ergebnis der Reichstagswahl bei weitem übertroffen. Leider liegen uns nicht für alle Gemeinden Vergleichszahlen vor. Aber eine Berechnung, die wir für 59 große und kleine Orte aus allen Teilen Sachsens durchgeführt haben, dürfte dem allgemeinen Ergebnis entsprechen. In diesen 59 Orten erhielt die SAP

am 6. November 6624 Stimmen

am 13. November 13746 Stimmen.

Das bedeutet, daß die SAP ihre Stimmen im Durchschnitt mehr als verdoppelt hat. Dies ist um so bemerkenswerter, als ja die Wahlbeteiligung durchschnittlich um mindestens 10 Prozent geringer war als am 6. November, so daß also der Stimmengewinn der SAP verhältnismäßig noch größer ist.

Aber am 13. November wurde auch das an sich günstige Ergebnis der Reichstagswahl vom 31. Juli wesentlich übertroffen. Hier konnten wir den Vergleich für 23 Orte durchführen. Er ergibt daß in diesen Orten die SAP

am 31. Juli 4932 Stimmen
am 13. November 7285 Stimmen

erhalten, also einen Gewinn von annähernd 50 Prozent aufzuweisen hat, obwohl die Wahlbeteiligung um durchschnittlich 15 Prozent geringer war als am 31. Juli."

Wenn wir uns über diesen Erfolg freuen, so nicht in erster Linie deshalb, weil nun weit über hundert Stadtverordnete und Gemeindevorsteher der SAP in Stadt- und Gemeindeparlamenten tätig sein werden. Auch jetzt sind wir von jeder Überschätzung solcher Mandate weit entfernt. Aber unsere Genugtuung ist trotzdem berechtigt — aus einer ganzen Reihe von Gründen.

Zuerst deshalb, weil mit diesem Ergebnis klar erwiesen ist, was wir unserer Arbeit in den Massenorganisationen und unserem Wirken in den Betrieben und an der Stempelstelle schon längst entnehmen konnten: daß nämlich der politische Aktionsradius der SAP weit größer ist, als es sich aus der Stimmabgabe bei der Reichstagswahl vermuten ließ. Wenn nach soviel Enttäuschungen, nach so heillosen Hetze der SPD, der KPD und häufig auch der Nazis gegen uns ein solches Ergebnis erzielt werden konnte, so beweist das, daß nicht nur, wie wir bisher annehmen mußten, die besten Funktionäre der deutschen Arbeiterklasse bei uns stehen, sondern daß auch gewichtige Schichten des Proletariats auf uns hören und politisches Vertrauen zu unseren Parolen haben. Daß das bei den Reichstagswahlen bisher keinen Ausdruck fand, ist zugleich aber ein Beweis dafür, wie stark noch parlamentarische Illusionen in der Arbeiterschaft nachwirken. Es wird für die nächste Zukunft eine unserer wichtigsten Aufgaben sein, hier für weitere Aufklärung zu sorgen.

Aber noch unter anderen Gesichtspunkten ist dieses Ergebnis erfreulich. Es zeigt sich nämlich durchweg, daß das Auftreten der SAP überall zu einer Ermutigung und Stärkung der Arbeiterschaft führt. Fast in allen Orten haben wir nicht nur die starken Verluste, die die SPD und teilweise auch die KPD erlitten hat, ausgeglichen, sondern darüber hinaus in vielen Fällen die Position der Arbeiterschaft verbessert. Wo das in den Mandaten nicht zum Ausdruck kommt, liegt es in erster Linie daran, daß die SPD häufig und die KPD immer die Listenverbindung ablehnten und dadurch die bürgerliche Seite, die fast überall ihre Listen verbunden hatte, im Vorteil war. Tatsache bleibt aber, daß eine starke SAP-Bewegung gleichbedeutend ist mit aktivem und geschlossenem Auftreten der Arbeiterklasse und entsprechendem Zurückdrängen der Nationalsozialisten.

Dafür ergibt eine genaue Betrachtung des Wahlergebnisses zahlreiche Beispiele. In vielen Orten des Vogtlandes und der Lausitz wurde der Kampf gegen die Nazis in erster Linie, ja teilweise ausschließlich von unserer Partei geführt, und gerade das haben die Nazis erhebliche Einbuße erlitten. In Gemeinden, in denen die SAP die stärkste Arbeiterpartei ist, wird das besonders deutlich. In Eibau zum Beispiel sitzt überhaupt kein Nationalsozialist im Gemeindeparlament. In Glashütte, wo wir ebenfalls SPD und KPD weit überholt haben, ist unsere Partei seit langem der Träger einer sehr starken, gut organisierten proletarischen Klassenwehr zum außerparlamentarischen Kampf gegen den nationalsozialistischen Terror. Klingenthal, wo wir fünf Stadtverordnete haben, während die SPD einen und die KPD zwei Vertreter ins Stadtparlament entsenden, ist schon vor längerer Zeit von Trotzki in seinem Buche „Was nun?“ als Musterbeispiel revolutionärer Einheitsfrontarbeit genannt worden.

Vielleicht wird man einwenden, daß die SAP ihre Erfolge nur in kleinen und mittleren Orten erzielt hat. Das ist richtig und durchaus begreiflich. In diesen Arbeiterwohnortsgemeinden und mittleren Industriestädten war es für uns natürlich leichter, an die Arbeiter heranzukommen als in den Großstädten, in denen jede Massenpropaganda ganz andere finanzielle Mittel erfordert, als sie uns zur Verfügung stehen. Dadurch verliert aber der Erfolg des 13. November nicht an grundsätzlicher und symptomatischer Bedeutung. Er wird zugleich parteiorganisatorisch die erfreuliche Auswirkung haben, daß die SAP in diesen Gebieten noch fester als bisher Fuß faßt, unsere Presse weitere Verbreitung findet und die Aufmerksamkeit der Arbeiterschaft in stärkerem Grade auf unser Wollen gelenkt wird. Von diesen festen Stützpunkten aus werden wir dann auch die anderen, bisher weniger bearbeiteten Gebiete durchdringen und erobern können.

Damit ist schon gesagt, daß wir nicht daran denken, nun auf den Lorbeer zu

„Gleichberechtigung“ im Völkerbund

Genfer Rede des englischen Außenministers Simon

Das große Ereignis auf der gestrigen Sitzung des Völkerbundes war die Rede des englischen Außenministers Sir John Simon. Er nahm zu der Hauptthematik zwischen Deutschland und Frankreich und damit aller kapitalistischen Staaten zur Frage der Gleichberechtigung der Rüstungen Stellung. In den Formulierungen der Rede, wie auch der Vorschläge kommt Simon scheinbar den Forderungen der deutschen Regierung entgegen, in Wirklichkeit aber sind es leere Redensarten und fromme Wünsche, die an den bisherigen Verhältnissen nichts ändern werden. Simons Vorschläge im Namen der englischen Regierung lauten:

1. Alle europäischen Staaten sollten sich in einer feierlichen Erklärung zusammenschließen, daß sie unter keinen Umständen versuchen werden, irgendwelche gegenwärtigen oder künftigen Stillestände unter sich durch Gewalt zu lösen.

(Diese „feierliche“ Erklärung besteht doch schon lange, darauf basiert ja der Völkerbund — auch eine neue Erklärung wird am latenten Kriegszustand nichts ändern)

2. Die Beschränkung der deutschen Rüstungen sollte in der gleichen Abrüstungskonvention enthalten sein, die auch die Rüstungsbegrenzungen der anderen Staaten bestimmen wird.

3. Deutschlands Rüstungsbegrenzungen sollten für dieselbe Zeit gelten und den

gleichen Revisionsmethoden unterliegen, die für die anderen Staaten gelten.

4. Die Abmachungen sollen sich in bezug auf Deutschlands Gleichberechtigung nur auf die Waffenarten, jedoch nicht auf die Zahl der Waffen erstrecken.

Die weiteren Vorschläge Simons laufen darauf hinaus, daß England bereit wäre, und das auch den anderen Mächten vorschläge, die Größe seiner Kriegsschiffe, der Tanks und Militärluftzeuge — nicht ihre Zahl — herabzusetzen. Die Luftstreitkräfte der übrigen Mächte (Frankreich, Amerika) sollen auf die Stärke von England herabgesetzt und dann wieder um ein Drittel vermindert werden, die U-Bootsflotte soll ganz verschwinden. Für Deutschland dürfe jedoch die militärische Umorganisation keine Vermehrung ihrer Gesamtstärke mit sich bringen.

Das alles wäre aber nur durchführbar, wenn Deutschland sich nunmehr bereit erkläre, an der Abrüstungskonferenz teilzunehmen, wozu Simon Deutschland offiziell auffordert.

Im ganzen sind die Vorschläge Simons auf die speziellen Interessen des englischen Imperialismus zugeschnitten. Sie bieten wieder einmal Stoff für monatelangen Kuhhandel, weiter nichts. Eine wirkliche Abrüstung, ein wirklicher Völkerfriede wird erst durch die internationale Herrschaft der Arbeiterklasse, durch den Sozialismus in allen Ländern erreicht werden.

Bullerjahn-Prozeß

Der frühere Verteidiger sagt aus

Leipzig, 17. November.

(Eigener Bericht der „SAZ“)

Die heutige Verhandlung des IV. Strafsenats beginnt mit der Mitteilung, daß Herr von Gontard durch „geschäftliche Verhinderung“ nicht erschienen werde.

Es wird sodann Rechtsanwalt Dr. Oskar Cohn vernommen. Cohn ist der erste Zeuge in diesem Prozeß, der einen weltlichen Eid schwört.

Dr. Cohn schildert, wie er im Auftrage der Liga für Menschenrechte die Verteidigung Bullerjahns übernahm und ihn des öfteren im Zuchthaus besuchte. Dort hat sich dann auch B. ihm gegenüber ausgesprochen und erklärt, daß er tatsächlich beabsichtigte, zu Johst zu gehen, um ihn zu einer Unschuldserklärung zu zwingen. Bullerjahn glaubte, dies seinem ersten Verteidiger nicht sagen zu müssen, weil dann dieser an seiner Unschuld zweifeln konnte.

Die Annahme, Johst könne ihm helfen, so bekundet Dr. Cohn, lasse bei allem praktischen Können des Angeklagten auf eine Weltfremdheit schließen, die er später wiederholt bei ihm beobachten konnte.

Es wird dann länger über die Veröffentlichungen des „8-Uhr-Abendblattes“ in der Angelegenheit B. gesprochen. Dort war die neue Tatsache, nämlich B.s Bekenntnis, nicht erschienen. Dazu wird Herr Paul Dreyfuß aus dem Zuschauerraum vernommen. Dieser gibt an, daß er sich seit 1926 für die Sache interessiert habe und von der Unhaltbarkeit des Urteils überzeugt gewesen sei. Er sei vor der Veröffentlichung der Artikelserie um sein Urteil befragt worden. Die einzig würdige Form, um überhaupt eine Wiederaufnahme des Verfahrens zu erlangen, sei, so habe er erklärt, daß B. an Ort und Stelle diese neuen Tatsachen selbst angebe. Daraufhin sei dieser Punkt ausgelassen worden und in sämtlichen Manuskripten herausgestrichen worden.

Dreyfuß schildert dann weiter, daß man, um die Schuld oder Unschuld des Angeklagten zu prüfen, bewußt Fallen gestellt habe. Bullerjahn habe aber immer den besten Eindruck auf ihn gemacht.

Zu einem interessanten Zwischenfall kommt es, als der Vorsitzende den Zeugen Dr. Cohn fragt, warum er in seinem Antrag auf Wiederaufnahme des Verfahrens diesen neuen Punkt (das Geständnis Bullerjahns) nicht angegeben habe. Dr. Cohn antwortet, daß dies wohlüberlegt gewesen sei. Erstens, weil die 50-jährige Geschichte des Reichsgerichts beweise, wie ungeheuer schwer die Erwirkung eines Wiederaufnahmeverfahrens sei, und zweitens,

13. November auch nur einen Augenblick auszuruhen. Die vielen Briefe, die wir in diesen Tagen von unseren Genossen aus ganz Sachsen erhielten, beweisen uns, daß die ganze Partei dort mit verstärkter Kraft und neuem Mut weiterarbeiten wird. Und die Aufgaben, die vor uns liegen, sind ja groß genug! Wieder hat — um nur eins zu nennen — die SPD gewaltige Wählermassen verloren, und auch andere Anzeichen zeigen uns, daß die Unzufriedenheit der sozialdemokratischen Arbeiter (und zum Teil, trotz der Wahlerfolge, auch der kommunistischen) immer größer wird. Hier müssen wir eingreifen, um zu verhindern, daß diese enttäuschten Arbeitermassen indifferent

werden, um sie vielmehr zu gewinnen für den revolutionären Kampf.

Dies wird uns allerdings nicht allein und nicht einmal in erster Linie durch Werbung und organisatorische Aktivität gelingen. Hier ist die erste und unerläßliche Voraussetzung eine klare politische Linie und politische Aktivität der gesamten Partei. Der schöne Erfolg unserer sächsischen Genossen verpflichtet uns alle, es ihnen gleich zu tun in dem Wirken für die Partei, nach innen und nach außen. Dann wird bald festzustellen sein, daß die SAP nicht nur bei Gemeindevahlen, sondern auch im außerparlamentarischen Kampf auf der ganzen Linie im Vormarsch ist!

Klepper im Klepperausschuß Krach und Vertagung bis 25. Januar

Im Untersuchungsausschuß des Preussischen Landtages, der die Geschäfte des Finanzministers Klepper prüfen soll, kam es am 17. November zum Krach. Klepper, der als Zeuge vernommen werden sollte, nahm als Regenerungsverteiler auf der Regenerungsbank Platz. Dagegen protestierten die Nationalsozialisten. Als gegen ihren Willen die Behandlung dieser Frage in nichtöffentlicher Sitzung beschlossen wurde, verließen sie und kurz darauf auch die Deutschnationalen demonstrativ die Ausschusssitzung. Der Rest beschloß dann, den Ausschuß bis 25. Januar zu vertagen.

Hohe Zuchthausanträge — aber die Angeklagten dürfen fliehen!

Altona, 17. November.

Im Sprengstoffprozeß wegen der Handgranatenanschläge in Schleswig-Holstein in der Nacht nach der Wahl am 31. Juli wurden heute gegen die angeklagten Nationalsozialisten die Strafanträge gestellt. Gegen den Reichstagsabgeordneten und Standartenführer Paul Moder wurden 8 Jahre Zuchthaus, gegen den Zollwachmeister Plähn, der heute vormittag in einer Sitzungspause des Prozesses aus dem Gerichtsgebäude floh und noch nicht gefaßt werden konnte, 6½ Jahre Zuchthaus beantragt. Gegen Grezesch und Strathmann lautete der Antrag auf je 6 Jahre Zuchthaus. Gegen 17 weitere Angeklagte wurden je 5 Jahre Zuchthaus beantragt. Für 8 Angeklagte wurde Freispruch beantragt.

Altona, 17. November.

Wie die Polizeistelle mitteilt, sind zwei weitere Angeklagte des Altonaer Sprengstoffprozesses heute aus dem hiesigen Gerichtsgebäude entwichen. Außer dem Zollwachmeister Plähn sind, nachdem in der heutigen Verhandlung vom Gericht die Sicherheitshaft gegen mehrere Angeklagte beschlossen worden war, noch der 35jährige Kaufmann Blaubach und der 32jährige Lagerist Heinrich Korbarg entflohen.

Es ist ein ungeheurer Skandal, daß das Gericht den Angeklagten, denen so hohe Strafen drohen, durch ihre Entlassung aus der Untersuchungshaft die Möglichkeit zur Flucht gegeben hat. Es ist selbstverständlich, daß das Gericht, das den Haftentlassungsbeschluß faßte, mit diesen Folgen rechnen mußte.

Heute Reichsratssitzung

Berlin, 18. November.

Wie das Nachrichtenbüro des Vereins Deutscher Zeitungsverleger meldet, ist das Reichsratsplenum für heute, Freitag, nachmittag einberufen worden. Auf der Tagesordnung steht vor allem die Beschlußfassung über die von den Vereinigten Reichsratsausschüssen beantragte Entschließung, die zu dem Verhältnis zwischen Reich und Preußen und zur Frage der Reichsreform Stellung nimmt. Auf der Reichsratsplenumstagesordnung stehen im übrigen zahlreiche kleine Vorlagen.

KPD-Redakteur verhaftet

Prag, 17. November.

Der Chefredakteur des Zentralorgans der kommunistischen Partei in der tschechoslowakischen Republik „Rude Pravo“, Joseph Guttman, wurde von der Polizei verhaftet und ins Untersuchungsgefängnis eingeliefert. Er wird von der Polizeidirektion in Mährisch-Ostau wegen dreier Übertretungen gegen das Gesetz zum Schutze der Republik verfolgt, die er in einer Versammlung durch eine Rede begangen haben soll.

Klassenjustiz in Genf

In Genf ist es wieder ruhig geworden. Die Militärs werden allmählich demobilisiert. Inzwischen gehen aber die Verhaftungen weiter. Man bereitet eine große Justizaktion vor, um hinterher das Blutbad in Genf politisch und juristisch als „notwendige Maßnahme“ hinstellen zu können. So haben jetzt schon über die oberen Regierungsinstanzen der „Große Rat“ u. a. das Vorgehen der Polizei- und Militärorgane nicht nur gebilligt, sondern als besonders patriotisch belobt.

Schrecklich!!!

WTB. meldet aus Genf: Die polizeiliche Untersuchung über die Unruhen in Genf hat ergeben, daß der Abgeordnete Leon Nicole am Abend des 9. November einen Stafettendienst eingerichtet hatte, der ihm über alle Vorkommnisse in der Nähe der Kaserne beim Ausrücken der Truppen berichten sollte.

Diese Aufbauschung einer selbstverständlichen Tätigkeit zeigt, mit welchen Schauermärchen dem braven Spießler gruselig gemacht und ein Racheurteil schlimmster Klassenjustiz vorbereitet wird. — Im übrigen wird heute berichtet, daß Nicole sich nicht im Hungerstreik befindet.

Kleine Nachrichten

Rom, 17. November.

WTB. Reichspräsident Göring sowie der Bundesvorsitzende des Stahlhelms, Seldte, wurden heute von Mussolini empfangen.

Solidarität

Von Heinrich Hauser*)

In allen Häfen der Welt, wo es organisierte Arbeiter gibt, wird das Löschen und Laden der Schiffe nicht von deren Besatzung, sondern von Schauerleuten besorgt.

Seit zwei Tagen streiken die Schauerleute im Hafen von Tampiko. Die Lage war so: Erfolg konnte der Streik nur haben, wenn die Schiffe nicht gelöscht und nicht laden konnten. Dann müßten den Reedern und Verfrachtern so hohe Unkosten entstehen, daß sie gezwungen wären, den Forderungen der Streikenden nachzugeben. Die Reederei und Verfrachter aber konnten sich — und in welcher Lage hätten sie das nicht gekonnt? — auf Gesetze stützen. Die Seemannsordnung, die dem Kapitän die Polizeigewalt erteilt, zwingt die Matrosen auch in einem solchen Fall, das Löschen und Laden selbst zu übernehmen.

Seeleute und Schauerleute gehören als Berufsklassen zu der internationalen Organisation der Transportarbeiter. Wenn ein Gesetz die Seeleute auf den Schiffen zwingt, die Arbeit der Schauerleute zu tun, so heißt das: den Streikenden in den Rücken fallen, Arbeitsverweigerung aber bedeutet für die Matrosen Zuchthaus.

Die Lage im Hafen war gespannt. Revolutionen liegen in der Luft in Mexiko. Auf allen Schiffen stiftet man sich in den Mannschaftslogis herum, ob die Arbeit verweigert werden sollte oder nicht. Da waren am Abend, an dem diese Geschichte begann, Abgesandte der Streikenden an Bord der „Hispaniola“ gekommen und in der Matrosenmasse hat eine Art Versammlung stattgefunden.

Die Abgesandten sagten ungefähr folgendes: „Wir wissen, daß ihr mit uns solidarisch seid, wir wissen aber auch, daß ihr nach eurer verdammten Seemannsordnung nicht verweigern dürft. Wir wollen euch keine Ungelegenheiten machen: Löscht die Ladung — aber — ihr wißt ja, wie ihr das zu tun habt.“

Sie begriffen es alle. Es lief ihnen allen den Rücken herunter, ein Fieber der Revolution, einer ihrer großen Augenblicke war gekommen. Es gab viele, die keiner Fliege was zuleide taten, deren Augen leuchteten, wenn sie an das dachten, was morgen geschehen würde.

Der Bootsmann tat so, als wäre an dem Tag nichts Ungewöhnliches. Er wußte, was kommen würde und wußte, daß er die Dinge laufen lassen mußte. Er war gerade krank genug, um Fatalist zu sein. Er schickte die Leute in die Ladung, als ob das immer so wäre.

„Glen und Antonio, ihr nehmt die beiden Wünschen von Luk vier.“

Es waren Stückgutkisten in Luk vier. Das Spardeck und das Zwischendeck hatten die Schauerleute vor dem Streik geleert. Jetzt mußte die Ladung aus dem unteren Deck heraus, rechts und links vom Wellentunnel.

*) Wir entnehmen diese für unsere heutige Zeit äußerst lehrreiche Schilderung der Verhinderung eines Streikbruchs dem Roman „Brackwasser“ von Heinrich Hauser. Der Roman ist bereits vier bis fünf Jahre alt. Die Schilderung könnte aber heute geschrieben sein. Sie wie wird Gültigkeit haben, solange es ein um seine Befreiung kämpfendes Proletariat gibt.

Hauser ist kein Dichter des Proletariats. Er steht im andern Lager und hat leider den Weg zur revolutionären Front noch nicht gefunden. Deshalb heischt sein Zeugnis und seine Schilderung als Dokument aus dem jenseitigen Lager Aufmerksamkeit.

der wie ein hoher Damm mitten durch den Raum läuft.

Die erste Stunde vergeht mit dem Abnehmen der Lukendeckel. Die Männer, die da in dem kühlen Licht, in der staubigen, nuchternen Kühle eines Tampiko-Morgens stehen, sind viel eher geneigt, die Hände in den Taschen zu behalten, als sie herauszunehmen. In einer Stunde ist ohnehin Frühstück und was lohnt da schon die Arbeit. — Die Lukendeckel werden so vorsichtig und zart gehoben, als ob es Wickelkinder wären und ganz sanft von zwei Mann so unständlich wie möglich neben den Lukenrand getragen und dort lautlos, wie Watte, an Deck gelegt. — Sonst, ja sonst; da flogen die Lukendeckel klapp, klapp, ohne viel Anstehen, von selber sozusagen auf die Seite. Knieten an Deck und fertig. Ja, das war früher einmal.

Und während die sechs Mann an Deck mit ihren Luken sich die Zeit vertreiben, machen Glen und Antonio oben ihre Dampfwinden klar.

„Ich gehe mal in die Maschine Dampf bestellen“, sagt Antonio.

Und Glen kann in der Zwischenzeit natürlich auch nichts anderes machen, als an der Reeling stehen, das Rind in die Hand gestützt und abwarten, daß der Dampf kommt. Und das dauert eine ganze hübsche Weile.

Dann fängt es schließlich in den Rohren an zu knacken. Das Wasser, das sich darin angesammelt hat, zerplatzt in kleinen Explosionen. Etwas von der bläulichen Farbe, die an den Rohren setzt, springt ab. Die Zylinder der Wünschen werden langsam warm. Antonio ist wieder da. Und nun probieren die beiden an den Hebeln; sie lassen die Maschinen ein paar Touren vorwärts und rückwärts laufen. Aber sie öffnen nicht die Wasseshähne unten an den Zylindern. — Es geht ja auch ohne. Und die Folge ist, daß ihre Wünschen laufen wie ein alter Explosionsmotor; bei dem die Zündung aussetzt. Mal laufen sie, mal bleiben sie bei Volldampf stehen. Das sind so technische Unvollkommenheiten.

Der Bootsmann geht vorüber; Glen und Antonio rufen ihm zu, daß sie leider mit dem Ladegeschirr, so wie die Schauerleute es zurückgelassen haben, durchaus nicht arbeiten können. — Die Röhren sind falsch zusammengeheftet. Der Draht auf die verkohlte Trommel aufgelassen. Die Ladebühne stehen falsch. — Der Bootsmann winkt ab.

„Das macht mal nach dem Frühstück fertig.“ — Und die Glocke schlägt zwei Glas: „Frühstück“, rufen sich unten die sechs zu. „Frühstück“, wiederholen die beiden oben. Frühstück.

Um halb zehn erscheint hoch oben auf dem Bootsdeck der Kapitän. Er geht zuerst auf seiner Brücke auf und ab und sieht nervös, wie seine Leute so langsam zur Arbeit trotten.

Er hat erwartet, sie wären jetzt schon mittendrin, hatten schon ein paar Kisten rausgeholt. Es geht ihm nicht schnell genug. Er ist richtig ein bißchen aufgeregt. Er will heraus mit seinem Schill, raus aus diesem Loch Tampiko. Er findet, daß es hier mühselig tieft.

Die alten Leute unter den Matrosen tun zwar ihre Stirn; Luft auch bloß Zeit bei der Arbeit. Die Kompanie zählt nichts für eine Knochen. Immer mit der Ruhe und ja alle Vorschriften beachten.“

Zwischen Schiff und Kai hängt kein Sicherheitsnetz? — Moß hingehängt werden. — Die Leute an den Wünschen können nicht in die Luke sehen? — Da muß einer hingestellt werden, der Signale gibt. Und unten im Raum muß einer stehen, der dem oben wieder die Signale gibt. Alles Vorschrift. Paragraph sondero.

Der Kapitän geht mit schnellen, nervösen Schritten zwischen den Booten auf und ab. Nun kann's losgehen mit der Arbeit.

Von rattern schon die Wünschen von Luk eins und zwei, da darf Luk vier nicht warten. Glen und Antonio reihen ihren Dampfhebel herum — nachdem sie vorher sorgfältig ein Stück Holz mit Lappen an den Eisenrill gebunden haben — für später, wenn das Eisen warm — und der schwere Haken gleitet an dem geflochtenen Stahldraht ganz langsam in die dunkle, viereckige Lukenöffnung.

Die beiden Signalgeber, jeder mit einer Trillerpfeife ausgerüstet, üben sich das Kommandieren ein: pfeifen „Stop“ und „Hier weg“ und „noch so'n hüften Touch“ und „halt“, ganz langsam. Und nach einiger Zeit kommt der Haken wirklich unten an.

Dort haben sie inzwischen mit vieler Mühe die erste Kiste herangekauert und in die Schlinge eingelegt. Jetzt legen sie den Haken in die Schlinge und der Signalmann unten kann kommandieren: „Hier sinnig“. Glen und Antonio hören ihn. Die Luke ist nicht anders

als ein Schallrohr. Sie hören ihn ganz deutlich, aber sie müssen doch warten, bis der Signalmann oben die Sache erklärt hat und ihnen sonstwärts mit Lippenpfeife und geknacktem Hebelknopf die Kommando weitergibt.

„Stop“, „Stop“, „Stop“. Die Kiste haumelt an dem langen Draht, rauft hin und her pendelnd auch über dem Boden. Einer von den vier Mann da unten hat eine schwere Latte eingeklemmt und kann so auf die Stelle der Schlinge, wo sie sich zusammenzieht. Die Schlinge muß festhalten, damit die Kiste in nicht rausfällt!

Und schließlich kommt die kleine Kiste mit vielen „Stop“ und „Hier so“ oben an. Glen und Antonio vergessen, was nun eigentlich werden soll, und ziehen die Hände tief sinnig um den Dampfhebel herum, die Kiste in den Himmel, bis sie schließlich an den großen Gürtel oben in den Ladebäumen angekommen ist.

„Hallo, da oben weiter geht's nicht mehr!“

Ja, und nach einigem Streiten, ob die Kiste links oder rechts von der Luke herunter soll, kommt — schließlich wirklich — etwas schneller, als sie eigentlich sollte — die Bronsen sind so schlecht — mit einem lauten Knall unten auf dem Eisendeck an.

Die hätten wir. Die Schauerleute pflegen in fünf, sechs Kisten zusammen in einen Hiev zu nehmen — aber von so wildem Arbeiten kommen auch immer die Unfälle.

Vorsicht! immer mit der Ruhe — die Kompanie zählt auch nichts für eure Knochen. (Fortsetzung und Schlaf folgt.)

Ein zweites Dnieprostrol

Die Regierung der Sowjetunion hat beschlossen, an der Wolga ein neues Kraftwerk von denselben Riesenmaßen wie in Dnieprostrol anzulegen. Zu diesem Zweck sind bereits 60 Millionen Rubel für die Vorarbeiten bewilligt worden.

Die Wissenschaft dem Proletariat

In der Sowjetunion ist der Bau der Staatsbibliothek der UdSSR in Angriff genommen und in seinem ersten Teil fast vollendet worden. Das neue Gebäude soll über acht Millionen Bände fassen und aus fünf Flügeln bestehen. Zwei Flügel des Neubaus sind bereits unter Dach gebracht. Der Grundstein der drei anderen Flügel wird im nächsten Frühjahr gelegt werden. Der Plan sieht die Vollendung des ganzen Komplexes gegen Ende 1933 vor.

In Gegensatz zu den kapitalistischen Ländern, in denen die gewaltigen Bibliotheken allein der herrschenden Klasse und ihren Dienern zur Verfügung stehen, in denen zu wenig Arbeitsplätze vorhanden sind, wird die neue Bibliothek der Sowjetunion 3000 Menschen Platz bieten; Wohnzimmer, Studierzimmer und Sitzungssäle werden es jedem Proleten ermöglichen, unter günstigsten Umständen sein Wissen zu vergrößern und so dem Fortschritt seiner Klasse zu dienen.

Dem Gebäude wird ein Institut zur Ausbildung für Bibliothekare angegliedert werden. Der Staatshaushalt der Sowjetunion sieht für den Bau der Bibliothek 20 Millionen Rubel vor.

Während in den kapitalistischen Ländern die Wissenschaft abgebaut wird, die Bibliotheksgebäude verfallen und baufällig stehen, errichtet das Land der Diktatur des Proletariats ein riesiges Hilfswerk für die Wissenschaft. Zwei Welten! Zwei Systeme!

Werbt Abonnenten!

Rrrreaktion!!!

Von Glasbrenner

Gedankensplitter

Ganz recht: Recht muß Recht bleiben! Aber: wo es bleibt, fragen oft viele lange.

Gerechtigkeit ist ein schönes Ding, aber es gibt auch Justiz!

Einsam bin ich nicht alleine: Ein Schutzmann tritt mir auf die Beine.

In absoluten oder scheinkonstitutionellen Staaten kann niemand vorher wissen, weswegen er sterben wird.

Der Kapitalist

Der Menschheit höchste Interessen nennt er euch mit einem Wort: fünf Prozent.

Der Junker

Schneidet man den Junkertum den Zopf ab, Schneidet man dem Junkertum den Kopf ab, Denn's ist, was das Junkertum an Zopf hat, Alles, was das Junkertum am Kopf hat.

Krautjunkers

Notizkalender

Selbsthochschätzung Champagnerbenetzung
Austerletzung Beamtenverletzung
Säbelwetzung Eidverletzung
Demokratenhetzung Ballettergötzung
Judenauskrätzung Verfassungszersetzung



Alle Rechte, insbesondere die der Uebersetzung und des Nachdrucks, vorbehalten. Copyright 1932 by

12) Verlag für Literatur und Politik, Wien VIII.

Mein Nest.

Bis zum Abendessen richtete ich mir mein Nest ein. Ich bettete mein Bett um, und seine frische Weide und flaumige Weiche beflügelten mich. Den Tisch bedeckte ich mit einem großen Tuch, auf dem üppige Blumen prangten. Ein Geschenk meiner Mutter. Ich habe dieses Tuch als Kind schon gekannt. Auf alle vier Tischecken legte ich Bücher, in der Mitte baute ich ein kleines Tintenfaß aus grauem Marmor auf. Dieses Tintenfaß hatte ich vor meiner Abreise gekauft — ich konnte nicht widerstehen. Lange schon hatte ich von so einem hübschen Tintenfaß mit einem glänzenden Deckelchen, der einem Glöcklein glich, geträumt. Ich stellte es auf den Tisch und bewunderte die leuchtenden Lichter auf seinen silbernen Hüften. Mit kindlicher Freude packte ich es sogar an Kügelchen und stieß dann, auf das klingende kristallene Viereck des Tintenfassens. Neben das Tintenfaß stellte ich einen Holzbecher für Bleistifte und Federn. Dahinter baute ich ein Drahtgestell auf und steckte fächerförmig Photographien und Ansichtskartendarauf. Auch die Wändeschmücke ich lange: drei-, viermal änderte ich alles und sah sie dann von allen Seiten an. Von der Tür, vom Bett, vom Tisch aus.

Ueber das Bett hing ich eine mit einem Frauenbild bedruckte Leinwand. Darüber brachte ich ein Leninbild an. Auf der gegenüberliegenden Wand hing ich das Bild der Krupskaja auf, als Rahmen band ich meinen Seidenschal darum. An verschiedenen Stellen dieser Wand befestigte ich bunte Plakate: „Wie sollen Säuglinge behandelt werden?“ und „Spiele und Beschäftigungen mit Kindern im Vorschulalter“. Ueber dem Tisch —

ich stellte ihn schräg in die Ecke zwischen

Fenster und Wand — hing ich Maxim Gorkis Jugendbildnis auf — damals trug er noch lange Haare. Den Spiegel bruchte ich an der Wand an, zwischen dem Bett und der Tür, stellte darunter einen Hocker, bedeckte ihn mit einer Decke, die der Kommune gehörte und auf dem Bett gelegen hatte, und stellte alle möglichen Toilettegegenstände auf ihn. Pläschen, Tiegeln, eine Seifenbüchse, eine Zahn- und eine Nagelbürste. Vor das Bett legte ich einen kleinen, handgewebten Vorleger, auch eine alte Reliquie: Mutter hatte ihn noch vor meiner Geburt aus dem Dorf mitgebracht. All das machte ich mit großer Begeisterung und Liebe, rasch und inbrünstig und fühlte mich sehr glücklich dabei. Und als ich zufällig in den Spiegel blickte, stöhnte ich vor Staunen laut auf: so hübsch sah ich aus. Meine Augen waren größer geworden, ein fast besessener Ausdruck war in ihnen, in ihrer dunklen Tiefe flimmerte eine lockende Traurigkeit. Die dichten, männlichen Brauen umtosten schwere Kraft aus. Von einer unbestimmten Erregung umfangen trat ich an den Tisch, setzte mich auf einen Stuhl und empfand eine plötzliche Müdigkeit. In grellen, abgerissenen Visionen flammten Bilder der Vergangenheit vor mir auf. Wahrscheinlich hatten all die Sachen die in meinen Händen Leben bekamen, sie wachgerufen...

... Eine kleine Arbeiterfamilie. Vater, Mutter, ich. Ein kleines Zimmer in einer Mietskaserne. Eine Textilfabrik. Der Vater in der Werkzeugmacherei. Immer, sogar zu Hause, schmutzig, stets den aufdringlichen Geruch von Eisen und Öl mit sich tragend, finster, mürrisch, mit einer tiefen Baßstimme. Es schien, als rauche dieser Bau stets durch den feuchten Schnurrbart und den nie gekämmten Bart. Mein Vater liebte mich niemals, ich spürte aber mit allen Fasern seine Liebe und zärtliche Güte. Der Mutter gegenüber benahm er sich mürrisch, fremd, er sprach niemals mit ihr, sondern erteilte ihr nur Befehle. Ganz plötzlich starb er an einem Herzschlag, ich war damals noch ein kleines Kind. Die Mutter zitterte angstvoll vor ihm und glich stets einem kläglich-erschlagene Hund. Ich war außerordentlich überrascht, als ich sie neben Vaters Leiche

sah. Sie war fast onlmüchtig vor Verzweiflung, Gram und Liebe. Und noch heute trauert sie um ihn, und wenn sein Namen fällt, füllen sich ihre Augen mit Tränen. Die Mutter arbeitet noch immer in einer Fabrik, sie ist Delegierte und trat schon während des Leninnufgebots in die Partei ein. Aber niemals ist ein gewisses inneres Zittern und eine Schüchternheit ganz in ihr erloschen. Und gerade diese Eigenheiten, ihre vorzeitige, greisenhafte Magerkeit, die nonnenhafte Hautfarbe ihres Gesichtes, ihre zuckende, offene Stimme, in der viel durchlebtes Leid, Grübeln und Erfahrungen zittern, wirken mehr und überzeugender auf die Arbeitermassen als alle Reden und Zahlen.

... Ich bin Schülerin, ein hurtiges, lockiges, kleines Mädchen, ein Raufbold und eine Krakeelerin, die sogar die Jungens fürchten. Dann Textilfabrik, Weberei. Weißes Spinnwebgewebe der Fäden, fliegender Lauf der Spulen, Jungkommunistin. Organisator einer Pionierabteilung. Dann Arbeiterfakultät, Universität. Wie rasch ist das alles verfliegen, und wie stark ist es noch in mir, als hätte ich es mit mir hergeführt! Und ich weiß nicht: bin ich das kleine Mädchen, der Raufbold oder bin ich eine tapfere, mutige Frau? Egal, ich fühle mich jung, voller Kräfte, ich möchte spielen und eine große Arbeit leisten, daß mir der Atem vergehe; ich möchte kämpfen, reufen, siegen. Ich bin dreißendzwei Jahre alt. Hol sie der Teufel. Ich fühle mich wie eine siebzehnjährige Jungkommunistin! Ich werde hier Wunder vollbringen, ich werde hier alle mit der Kühnheit meiner Pläne, mit meiner Hartnäckigkeit im Kampf überraschen. Heute abend... ja, heute abend, in einer Stunde, vielleicht in zwei, werde ich mich vor allen zeigen, vor all diesen Krähwinklern, die in ihrem eigenen Fett schmoren, die hilflos sind in ihrer Unwissenheit und ihren bäuerlichen Gewohnheiten. Sie werden ihre Mäuler weit aufreißen und vor Begeisterung sich auf die Stirn schlagen: „Ja, die war es, die uns hier fehlte!“ Ich werde die Frauen organisieren, werde an ihnen eine hartnäckige erzieherische Kulturarbeit durchführen und unter meinem Einfluß werden sie sich in wirkliche Proletarierinnen umwandeln, in begeisterte Erbauerinnen des kommunistischen Seins...

Ein krampfhaftes Lachen würgt meine

Kehle und verzerrt mein Gesicht, es zieht mir Augen und Nase zusammen, als hätte ich etwas Saures gegessen. Ich muß plötzlich an Kirikow denken und seine mutlose Stimme:

„Ja... eine Kommune... die Menschen treten aber unter freiem Himmel aus... ein Idyll...“

Was ist er doch für ein Sonderling, und doch, was für ein lieber Kerl! Wjetrow ist geschick und ein vorzüglicher Genosse, ein starker und überzeugter Genosse. Und Luscho ist so herzlich und heiter. Und alle hier sind wohl prächige Menschen. Sie haben mich sofort durchschaut, mich lieb gewonnen, mit ihre Wertschätzung entgegengebracht, als wären sie mir nah und verwandt und ich ihnen.

Unerwartete Menschen.

Im Flur erdröhnten plötzlich Männerstimmen, ertönte der harte Aufschlag von Stiefeln. Die dämmerige Leere war auf einmal mit Lärm gefüllt. Aus irgendeinem Grund schloß ich sofort beunruhigt, daß diese Männer zu mir kamen. Ich erschrak, als fühlte ich mich ihnen gegenüber schuldig. Ich tastete mein Kleid ab, sah mich im Zimmer um — alles war in Ordnung. Meine Unruhe steigerte sich aber stöße, und diese Stöße erschütterten meinen ganzen Körper. Die Wände schienen zu zittern, schienen sich in ihren Konturen zu verschieben, sich zu ändern, auch sie dröhnten, lachten mich aus. Eine innere Stimme in mir schrie streng und fordernd: Mut, Galja, und Ruhe!

Die Tür wurde mit einem Ruck, ohne daß vorher angeklopft worden wäre, aufgemacht. Ins Zimmer trat energisch ein junger Bursche, der wie ein Zigeuner aussah. Sein Haar, seine Brauen, sein kurzgeschorener Schnurrbart waren schwarz und glänzend. Seine Augen waren ebenfalls schwarz, heiß und eingeigt. Er trug eine grüne Rotarmistenbluse und kurze Hosen. Hinter ihm drein kam ein kleiner, stämmiges Männchen, er sah aus, als sei er plattgedrückt worden: sein Gesicht war breit, rot, er hatte dichtgelockte Haare, wie sie Lämmer haben, die Nase breit und flach, die Brust breit, die Beine dick und krumm.

(Fortsetzung folgt)

Lohnraub beim Stahltrust

Bei den Gewerkschaften Ablehnung — aber kein Streik

In Dortmund fand am Montag eine Belegschaftsversammlung der zu den Vereinigten Stahlwerken gehörenden Dortmunder Union statt.

Der reformistische Betriebsratsvorsitzende Diekmann, allgemein als Bremser in Lohnkämpfen bekannt, führte aus, daß die Verweigerung des Lohnabbaus, weil die Union als einzelnes Werk sich den Beschlüssen der Vereinigten Stahlwerke anzuschließen habe, die entschlossen wären, jetzt auch die Notverordnung für sich in Anspruch zu nehmen. Dabei würden sie selbst bei Gefahr des Streiks an ihren Lohnabbaumaßnahmen bestehen. Diekmann empfahl deshalb, auf den Streik zu verzichten, besonders angesichts der drohenden Möglichkeit, daß die Vereinigten Stahlwerke im Streikfall die Produktion der Union auf die weniger beschäftigten Hamborner Werke übertragen würden.

In der Aussprache, in der mehrfach zum Streik aufgefordert wurde, und an der Gewerkschaft Kritik wegen ihres passiven, kampflosen Verhaltens geübt wurde, wurden zur Illustration des notwendigen Kampfes Monatsabrechnungen von Belegschaftsmitgliedern vorgelegt, die in den weitau meistens Fällen nur noch

Verdienste von 46 bis 66 Mk pro Monat

aufwiesen, und damit nicht einmal die Wohlfahrtsätze der erwerbslosen Arbeiter erreichen. Trotzdem fand sich keine Mehrheit für den Streik gegen den angekündigten Lohnabbau; man begnügte sich mit einer Abstimmung, die einstimmig den Lohnabbau ablehnte.

Vorerst hat also die reformistische Auffassung gesiegt. Es fragt sich nur, ob die Vereinigten Stahlwerke sich durch die passivere Ablehnung abschrecken lassen werden. Da dies nicht der Fall sein wird, werden also die Proleten der Vereinigten Stahlwerke noch weniger als ihre bisherigen Hungerlöhne nach Hause bringen, wenn nicht noch in letzter Minute der geschlossene, aktive Widerstand aller Belegschaften der Vereinigten Stahlwerke auf die Tagesordnung gesetzt wird. Nur durch die Geschlossenheit aller in den Vereinigten Stahlwerken zusammengefaßten Arbeiter wird es möglich sein, drohende Produktionsumfahrungen zu verhindern und damit gleichzeitig den neuen Lohnraub abzuwehren. Das ist die Aufgabe aller revolutionären Genossen in den Betrieben und den Gewerkschaften, die in den nächsten Tagen zu erfüllen ist.

Was geht im Konsum „Niederrhein“ vor?

Um die Jahrhundertwende wurde in Krefeld die „Konsum-Produktiv-Genossenschaft m. b. H. „Niederrhein“ ins Leben gerufen. Es folgten Jahre, wo das Unternehmen der Krefelder Arbeiterschaft einen ungeheuren Aufschwung nahm. Es wurde ein riesiges Verwaltungsgebäude gebaut, große Wohnhäuser u. dergl. mehr errichtet. Man dachte nicht an die Zeiten der Wirtschaftskrise, die auch die Konsumgenossenschaft zum Teil heimsuchte. Auch die Ansprüche der Verwaltung waren noch bescheiden. Aber mit der Zeit wurde durch den Mitgliederzuwachs auch die Verwaltung anspruchsvoller, was sich auf die Dauer zum Nachteil auswirken mußte. Der Geschäftsführer Kollege Schlierenkamp beanspruchte für seine Fahrten einen Luxuswagen, der nicht billig gewesen sein soll. Schlierenkamp und Geiß hatten Töchter, die unbedingt, ob nötig oder nicht, im „Niederrhein“ beschäftigt werden mußten. Dann wurde ein Bewerbungsschreiben für zwei freie Lagerhalterstellen angefordert. Es meldeten sich 45 Personen, und der Erfolg? Es wurden zwei „Linientreue“ SPD-Leute eingestellt, die noch ein wenig halfen, das Arbeiterunternehmen herunterzuwirtschaften. Der eine mußte angezeigt und der andere entlassen werden. Er ging zu den Nazis über.

Als es nicht mehr ging und durch den Mitgliederchwund Rückschläge erfolgten, da konnte gespart werden. Die obere Etage im Verwaltungsgebäude, die seit dreiviertel Jahren als Wohnung vermietet werden konnte, war früher in Büros eingeteilt, wo jeder sein besonderes Büro haben mußte. Ist es denn nötig, daß die Verwaltung und überhaupt alle Angestellten von oben so hohe Gehälter beziehen? So fragen die Mitglieder. Kollege Schlierenkamp wurde „abgebaut“ mit Pension. Letzterer, wie auch Geiß, sind Stadtverordnete, und immer diejenigen, die gegen

Anträge zugunsten der Arbeiterschaft im Stadtparlament stimmten. So etwas vergessen Proleten nicht!

Vor einigen Wochen beschloß die „Vertreter“-Versammlung in diesem Jahre anstatt 6 Prozent nur 4 Prozent auszuzahlen, die 2 Prozent sollen in „späterer“ Zeit ausgezahlt werden. Monatlang ließ man die Genossen und die paar Mark Rückvergütung laufen, und jetzt, wo jeder mit gerechnet hatte, erhielten sie nur zwei Drittel.

Das Stammkapital (Geschäftsguthaben) im Betrage von 30 RM. soll nun glücklicherweise am 1. Dezember 1932 zur Auszahlung gelangen. Kündigungen liegen schon seit Anfang 31 vor. Wer aber sein Geld jetzt schon haben will, kann einen Warengutschein von 10 RM. und den Rest zwei Tage vor Weihnachten erhalten. Warum ist das möglich, daß mit dem Geld der Genossen so gewirtschaftet wird? Es erfolgen immer mehr Austritte, und eines guten Tages ergehen SOS-Rufe, und die noch verbleibenden Mitglieder müssen einspringen. Sogar unsere Genossen, die doch wirklich ein reines Arbeiterunternehmen unterstützen würden, haben das Vertrauen zur KPG „Niederrhein“ verloren. A. D.

Soweit in dieser Zeitschrift die Mißstände kritisiert werden, haben unsere Genossen leider nur zu recht. Es ist das heute in vielen Konsumvereinen übliche Bild. Aber wir halten es für falsch, nur zu kritisieren und das Verlorene des Vertrauens festzustellen. Es gilt vielmehr zu kämpfen für die Erhaltung und Gesundung des Arbeiterunternehmens. Die Mitgliedschaft muß mobilisiert werden, um eine andere Leitung zu schaffen, um so das Vertrauen der Masse wieder herzustellen.

Heraus mit den Opfern des Verkehrsstreiks!

Aus Anlaß des Streiks der Arbeiter und Angestellten der Berliner Verkehrsgesellschaft sind zahlreiche Verhaftungen vorgenommen worden. In den meisten Fällen handelt es sich hier um Streikende oder um Angehörige der Berliner werktätigen Bevölkerung, die ihrer Empörung über den mit polizeilicher Hilfe in Gang gesetzten Streikbrecherverkehr Ausdruck verliehen. Die meisten dieser Verhafteten sind mit der Aburteilung durch die Sondergerichte bedroht.

Bei diesen Prozessen handelt es sich um eine

verletzung durchgeführt werden. Wenn der Angeklagte anderer Meinung ist, so befindet er sich auf dem Holzwege und muß durch eine schwere Strafe belehrt werden.

Hier ist der Gedanke der Rache- und Abschreckungsjustiz sonnenverhüllt ausgesprochen, daß die Gefahr der Sondergerichte eindeutig vor Augen tritt. Die Sondergerichtsurteile gegen die Streikenden der BVG sind ein Alarmsignal. Sie eröffnen die Gefahr einer Rache- und Abschreckungsjustiz zum Schutze des Streikbrechertums, wie sie selbst in den Zeiten schwärzester Reaktion kaum je gewagt worden ist.

Darum müssen sich alle Arbeiterorganisationen und alle freilichlich Gesinnten zusammenschließen mit der Forderung:

Sofortige Freilassung aller aus Anlaß des BVG-Streiks Verhafteten!
Amnestierung aller bereits Verurteilten!
Sofortige Aufhebung der Sondergerichte!

Rachejustiz allerschlimmster Art.

So wurden am 9. November vier Arbeiter: der Nationalsozialist Hoffmann und die mit den Kommunisten sympathisierenden Abwag-Schlosser Sander und Lösche sowie der Arbeiter Bratengeier zu insgesamt 9½ Jahren Zuchthaus verurteilt, weil sie einige Steine gegen einen fast leeren Stenobahnwagen geworfen haben sollen, die nicht einmal getroffen haben. Hoffmann erhielt 2 Jahre, die anderen Angeklagten je 2½ Jahre Zuchthaus. Es ist dabei besonders bemerkenswert, daß das Zuchthausurteil gegen Hoffmann das erste Zuchthausurteil ist, das vom Berliner Sondergericht gegen einen Nationalsozialisten gefällt wurde, obwohl schon weitau schlimmere Fälle gegen Nationalsozialisten zur Verhandlung standen als das Vorgehen, das Hoffmann angeblich begangen haben soll.

Winterhilfe aufgrund der Notverordnung nicht möglich!

(Eigene Meldung)
Bochum, 16. November.

Die sozialdemokratische Stadtverordnetenfraktion hatte im Oktober einen Antrag auf Winterhilfe eingebracht. Sie forderte die Errichtung von Reparaturwerkstätten, Schaffung von heizbaren Unterkunftsräumen, Ermäßigung des Pachtzins für Kleingärtner, weiterhin die Abgabe von 20 Zentnern Kohlen und 4½ Zentnern Kartoffeln an die Arbeitslosen. Ihren Antrag begleitete sie mit einem Telegramm an die Reichs- und Staatsregierung zur Verfügungstellung der erforderlichen Mittel für die Winterhilfe.

Am 10. November ist das Telegramm beantwortet worden mit dem Bescheid, daß „bedauerlicherweise Mittel dafür nicht zur Verfügung stehen“. Gleichzeitig hat der Stadtverordnetenvorsteher den Antrag an die sozialdemokratische Fraktion zurückverwiesen mit der Begründung, daß „er infolge der Bracht-Verordnung über die Haushaltsführung der Städte nicht zur Beratung kommen darf“.

Nicht nur, daß also die Winterhilfe abgelehnt wird, sondern es ist überhaupt jede Beratung über vorzunehmende Hilfsmaßnahmen verboten!

Der FAD in der Praxis

Bau von Gasschutzräumen

Die Zeitschrift „Der Arbeitsdienst“ zeigt in ihrem letzten Heft eine ganze Reihe von Arbeiten des FAD auf, die zu einem großen Teil unter Führung der technischen Nothilfe durchgeführt werden sollen. Wir weisen hier nur auf einige gerade für die Arbeiterschaft interessante Tatsachen hin. Zum einen ist es die Benutzung des FAD zu Arbeiten der sogenannten „Gasabwehr“. Zum anderen sind es Arbeiten, bei denen offensichtlich ist, daß es sich um völlig reguläre, und keine sogenannten „zusätzlichen“ Arbeiten handelt. Der Vorteil für die Unternehmer oder in diesem Falle den Behörden ist nur der, daß die Tariflöhne ersetzt werden durch die untertarifliche Arbeit des FAD. Auch die übrigen, in der Zeitschrift „Arbeitsdienst“ vorgesehene Arbeitslager, die wir wegen ihrer großen Zahl nicht alle anführen können, bestehen zum allergrößten Teil aus Wegearbeiten, Arbeiten im Forst, Fluß- und Bachregulierungen, Drainagearbeiten usw., deren zusätzlicher Charakter sehr stark im Zweifel steht. Für die Gewerkschaften, die ja immer „dabei“ sein wollen, um „Einfluß“ zu nehmen, ist hier eine wunderbare Gelegenheit geboten, ihren Einfluß nun auch zu beweisen.

In Plauen im Vogtland werden vom Stadtbauamt folgende Arbeiten geplant: Einrichtung eines Prüfraumes für Gasmasken und Ausbau eines Schutzkellers. In Bautzen ist ebenfalls der Bau einer Gasschutzhütte und eines Gasprüfraumes vorgesehen. (Zu was da auf einmal Geld da ist?)

In Beuthen i. Schles. will der Magistrat die Abbrucharbeiten an der Molkereikaserne durch den FAD vornehmen lassen. In Düsseldorf sind neben Wegebau, Bach- und Flußregulierungen und Kulturarbeit in Forsten auch Stromregulierungen

arbeiten am Rhein vorgesehen. In Kassel soll der FAD eine 1500 m lange Straße am Blauen See herstellen. Bei Lenne wird eine 5 km lange Verbindungsstraße zwischen der Sommerfische (I) Jagghaus und der Ortschaft Fleckenberg vom FAD gebaut.

Von den vielen Arbeiten in Forsten, für die sich der Landarbeiterverband im Interesse der Forstarbeiter besonders interessieren sollte, wollen wir nur eine anführen. In Ueckermünde bei Stettin sollen sogar Rodungsarbeiten im Stadtwald vom FAD ausgeführt werden. Auch bei den Mädeln macht der FAD Fortschritte, in Trier werden 400 Jungmädchen für Nährarbeiten vom FAD herangezogen.

Schärfster Kampf gegen den freiwilligen Arbeitsdienst in jeder Form sollte Aufgabe der Gewerkschaften sein, denn den Erfolg der „Einflußnahmepolitik“ sehen wir oben.

Hannover

Dienstag, den 22. November, spricht im Hochzeitsaal des Burghauses, Burgstr., der Genosse Rechtsanwalt Lewinski Kassel in einer öffentlichen Versammlung über das Thema: „Gegen Sondergerichte und Klassenjustiz“.

Unkostenbeitrag 10 und 20 Pfg. Internationale Hilfs-Vereinigung, Ortsgr. Hannover. Intern. Frauenliga für Frieden und Freiheit, Hannover. Intern. Sozialistischer Kampfbund, Ortsverein Hannover.

Generalstreik in Sevilla

Sevilla, 17. November.

WTB. Die Bäckergelesen traten heute früh in den Ausstand, dem sich bald auch die Straßenbahner und die Autodroschkenchauffeure anschlossen. Die Führer der Streikbewegung versuchen auch die Hafen- und Transportarbeiter für den Streik zu gewinnen. Ein starkes Polizei- und Militäraufgebot ist zusammengezogen, um die Ordnung aufrechtzuerhalten (II).

Bergarbeiterstreik in Asturien

Oviedo, 17. November.

WTB. Gegen 30 000 Bergarbeiter sind heute in den Streik getreten, da die Grubenbesitzer die bevorstehende Schließung der Gruben angekündigt hatten. Etwa 400 000 Tonnen Kohle liegen auf den Halden. Bisher ist alles ruhig geblieben.

Steigende Arbeitslosigkeit in Italien

Rom, 14. November.

WTB. Die Zahl der italienischen Arbeitslosen weist mit 956 357 am 31. Oktober eine Zunahme von 9000 gegenüber der Arbeitslosenziffer vom 30. September d. J. auf; davon sind 280 000 unterstützungsberechtigt.

Das zeigt die Hölle für die Arbeiter in Mussolinis „Drittem Reich“ in aller Kraft. Das „Wirtschaftssystem“ Mussolinis ist doch das Ideal aller Hitlerjünger. Soweit ihre Wirtschaftsprogramme noch einen Gedanken enthalten, entspricht er völlig dem System Mussolinis. Mit ihrem „Rettungsprogramm“ versprechen bekanntlich die Nazis „vollständige Beseitigung der Arbeitslosigkeit“ und bis dahin ausreichende Arbeitslosenunterstützung.

Wie es dann in Wirklichkeit wird, das kann jeder Arbeiter aus Italien ersehen. Trotz, oder besser, infolge der 10jährigen Faschistendiktatur ist dort die Arbeitslosigkeit im Verhältnis genau so groß, wie in Deutschland. Unterstützt wird überhaupt nur ein Viertel davon. Dreiviertel bekommen garnichts, sie können betteln und verhungern.

Das Proletariat ist das „Dritte Reich“!

Arbeitsdienstpflicht in Ungarn

Zu diesem Thema schreibt der „Arbeitsdienst“ folgendes:

„Das offizielle Mitteilungsblatt der ungarischen Regierung „Nyolc Órai Újság“ veröffentlichte in diesen Tagen den Text eines Gesetzentwurfes über die Arbeitsdienstpflicht, der von dem ungarischen Abgeordneten Bela Marton vorgeschlagen wird und der vorsieht, daß, entsprechend der bulgarischen Arbeitsdienstpflicht, sogenannte Arbeitsmilizen zu schaffen sind, in denen jeder ungarische Staatsbürger während seines 20. bis 24. Lebensjahres die Verpflichtung hat, eine jährliche Arbeitsleistung von 240 Arbeitstagen (soll wohl heißen 24 Tage, Red. d. Arb.) ohne Entgelt zu leisten. Die Arbeitsdienstpflichtigen können sich von dieser Arbeitsleistung mit einem Betrag von 100 bis 400 Pengő freikaufen. Während der Ableistung der Arbeitsdienstpflicht übernimmt der Staat die Gestellung der Arbeitsgeräte, Bekleidung, Unterbringung und Verpflegung der Dienstpflichtigen. Während der Dienstzeit sind die Pflichtigen gegen Krankheit und Unfall versichert. Ihrer physischen und geistigen Erziehung soll besondere Aufmerksamkeit zu-

gewendet werden. Die Zugehörigkeit zu einer Gewerkschaft ist den Dienstpflichtigen während der Ableistung ihres Arbeitsdienstes untersagt.

Man hofft, daß man durch die Einführung der Arbeitsdienstpflicht in Ungarn billige Arbeitskräfte für die Ausführung großer, im nationalen Interesse liegender Arbeiten erhält, und daß die Arbeitslosigkeit mit dieser Einrichtung verschwindet (I). In den Kreisen der Rechtspreß Ungarns wird dem vorgeschriebenen Gesetzentwurf viel Sympathie entgegengebracht. Die Oppositionspressen laufen gegen den Entwurf Sturm mit der Begründung, daß durch die Einführung der Arbeitsdienstpflicht in Ungarn die Klassenunterschiede noch stärker betont werden würden, und die Arbeitslosigkeit nicht beseitigt werden könnte.

Soweit der „Arbeitgeber“. Man kann aus jeder Zeile herauslesen, wie sehlichst der „Arbeitgeber“ die Arbeitsdienstpflicht nach ungarischem Muster auch für Deutschland herbeiwünscht.

Verantwortlich: Paul H a n n e c k, Breslau, Inserate Herbert Scholz, Breslau, Verlag „Sozialistische Arbeiterzeitung“ Breslau, Lohndruck Th. Schatzky AG. Breslau, Neue Graupenstraße 7
Redaktion: Breslau, Kleine Holzstraße 3 I Treppe
Telephon 206 02
Alle Zahlungen sind zu leisten an Walter G e b u r t
Breslau 6 Kleine Holzstraße 3. Postcheckkonto Breslau 157 89 oder Städtische Sparkasse Breslau Konto Nr. 102 92
Bezugspreis: Durch die Post bezogen RM 2.10 und RM 0.36 Zustellgebühr. Durch den Verlag bezogen RM 2.10 und RM 0.35 Zustellgebühr. Unter Kreuzband RM 2.10 -uzuzüglich RM 1.50 Porto monatlich
Inseratenpreis: Berechnung erfolgt auf Grund unseres Tarifes.

Wirtschaft der Woche

Amerika soll die Kriegsschulden stunden

Im Zusammenhang mit der Vorbereitung einer Weltwirtschaftskonferenz steht jetzt vor allem die Frage der Kriegsschuldenzahlung im Mittelpunkt kapitalistischer Wirtschaftserörterungen. Vom Weltkrieg her sind nicht nur die besiegten Staaten an die damals verbündeten Mächte mit Kriegsschulden belastet. Auch England, Frankreich, Italien, Belgien, Polen, die Balkanländer haben im Kriege innere und äußere Schulden aufgenommen und jetzt müssen sie Jahr für Jahr eine bestimmte Summe dieser Kriegsschulden abtragen.

Wie hoch die Belastung der verschiedenen Staaten mit äußeren Kriegsschulden, d. h. mit den im Kriege aufgenommenen Schulden nur an andere kapitalistische Staaten ist, geht aus folgender für die wichtigsten europäischen ehemals alliierten Schuldnerstaaten bis zum Jahre 1929, dem ältesten Abtragungsstein im vorgesehenen Jahr, aufgestellten Statistik hervor. Danach beträgt nach Aufrechnung der Kriegsschulden gegen das, was die einzelnen Länder ihrerseits als Gläubiger zu erhalten haben, und pünktliche Zahlung aller Beteiligten vorausgesetzt, für England insgesamt ein Passivum von 2.057,6 Millionen Mark, für Frankreich von 16.259,3 Millionen Mark, Belgien 2.745,0 Millionen und Italien 1.649,7 Millionen Mark. Allein für das Jahr 1932/33 müßte, um nur einige Staaten zu nennen, England nach Abzug dessen, was es von anderen Staaten als Kriegsschuldenerleistung zu erhalten hat, 53,2 Millionen Mark zahlen; Frankreich müßte 419,9, Belgien 70,9 und Italien 42,7 Millionen Mark zahlen.

Seit Jahren erklärt sich nur Deutschland, daß es die Reparationslasten nicht aufbringen kann. Auch die „Siegerländer“ erhoben immer wieder die Forderung, daß vor allem Amerika als Hauptgläubiger ihnen die Kriegsschulden erlassen oder zumindest ermäßigen solle.

In diesen Tagen haben England und Frankreich einen neuen Schritt unternommen. Sie haben bei der amerikanischen Regierung um Aufschubsbewilligung ihrer, infolge Ablauf des im vorigen Jahr vereinbarten Hoovermoratoriums am 15. Dezember fälligen Raten nachgesucht und in ihren Noten zu gleicher Zeit zum Ausdruck gebracht, daß sie es für notwendig erachten, in Anbetracht der schwierigen Finanzlage fast aller Staaten baldigst die ganze Kriegsschuldenfrage zu erörtern. Ihrem Schritt haben sich auch Belgien, Polen, Griechenland, Italien usw. angeschlossen. Sie hoffen, bei den jetzt siegreichen Demokraten in der USA größeres Entgegenkommen.

Das scheint ein großer Irrtum zu sein. Der zur Zeit noch im Amt befindliche Hoover hat seinen siegreichen Gegner und Nachfolger Roosevelt zu einer gemeinsamen Beratung der Frage sowie auch der übrigen bei der Weltwirtschaftskonferenz im Zusammenhang stehenden Fragen eingeladen, und Roosevelt hat die Einladung angenommen. Die Besprechung findet am 22. Nov. statt. Beide, Hoover, wie Roosevelt haben aber bereits erklärt, daß sie an der bisherigen Verquickung der Kriegsschuldenfrage mit der Abrüstungsfrage festhalten, also an der von amerikanischer Seite schon wiederholt zum Ausdruck gebrachten Forderung, gegen die sich vor allem Frankreich bisher stets heftig gestraubt hat. Von dem Staatssekretär Stimson liegt eine Äußerung vor, daß die amerikanische Regierung höchstens mit den einzelnen Staaten individuell über ihre Schulden an Amerika verhandeln würde, nicht aber einer allgemeinen Konferenz über die Kriegsschuldenfrage zustimmen könne. Ein vor längerer Zeit eingesetzter amerikanischer Ausschuss zur Prüfung der Kriegsschuldenfrage hat soeben seinen Bericht fertig gestellt, in dem stark betont wird, daß er eine völlige Annullierung der Kriegsschulden für unzumutbar halte. Für die amerikanische Regierung ist eine andere Haltung auch deshalb schwierig, weil ein Kongreßbeschluss vorliegt, der besagt, daß Amerika niemals auf die Bezahlung der Kriegsschulden verzichten dürfe.

Die Vereinigten Staaten haben in den letzten Jahren zwar immer deutlicher erkennen müssen, daß ein solch starker Gläubigerstand wie der ihre die Wirtschaftskrise auch von ihrem Lande nicht abhält, und daß die Belastungen der anderen Länder durch Verschärfung der Krise dort, auch auf Amerika ungünstig zurückwirken. Aber die herrschenden Kreise hoffen die auch in Amerika schwer leidenden Massen der werktätigen Bevölkerung durch Hinweis auf die Gläubigerstellung gegenüber den anderen Staaten beruhigen zu können. Vor allem aber ist die Kriegsschuldenfrage auch für die amerikanische Regierung eine Frage ihrer imperialistischen Ziele. Sie will, wenn sie Zugeständnisse in der Kriegsschuldenfrage gewährt, politische Konzessionen von den europäischen Staaten, vor allem Frankreich erhalten.

Welche Erledigung aber weitere Hinauszögerung die Frage der Kriegsschulden erfahren wird, hängt deshalb auch in erster Linie von politischen Konzessionen vor allem Frankreichs an Amerika (Abrüstungsfrage) ab. Die Arbeiter aber bleiben in allen Ländern die Geprellten, denn diese wirtschaftlichen

Konkurrenz- und politischen Rivalitätskämpfe werden sämtlich auf ihrem Rücken ausgetragen.

Polnische Auslandsschulden

Am 1. Januar 1932 betragen die Auslandsschulden der öffentlichen Hand nicht weniger als 4.570 Milliarden Zloty (1 Zloty = ca. 0,50 RM.). Heber die Hälfte der Schulden besteht gegenüber den Vereinigten Staaten (rund 2,7 Milliarden). An Frankreich schuldet Polen 803 Millionen Zloty, an Schweden 299 Millionen, an England 215 Millionen. In polnischen Unternehmungen arbeiten ca. 2,3 Milliarden Zloty ausländisches Kapital, davon am meisten französisches, an zweiter Stelle deutsches und aus dem Freistaat Danzig. Amerikanisches Kapital steht an dritter, belgisches an vierter und englisches an fünfter Stelle.

Die polnischen Guthaben im Ausland sind nur gering. Für 1930 wurden sie mit 1,5 Milliarden Zloty angegeben. 1932 sind sie wesentlich geringer. Die polnische Zahlungsbilanz weist ca. 520 Millionen Zloty allein zur Aufbringung von Zinsen und Amortisationen an das Ausland auf. Auch in Polen wird daher jetzt die Frage der Aufhebung des Goldstandards oder der Einstellung aller Zahlungen an das Ausland erwogen.

Welterer Rückgang des Außenhandels im dritten Quartal

Entsprechend dem allgemeinen weiteren Rückgang des Welthandels, ist auch die deutsche Einfuhr und Ausfuhr im 3. Vierteljahr 1932 gegenüber dem 2. Vierteljahr gesunken. Die Einfuhrmenge sank um 3 Prozent, die wertmäßige Einfuhr sogar um 7 1/2 Prozent. Am stärksten ist der Einfuhrrückgang aus den Vereinigten Staaten und Australien; auch aus der Sowjetunion beträgt die bisher relativ starke Einfuhr im 3. Vierteljahr um 11 Millionen RM. weniger als im 2. Vierteljahr. Zugenommen hat vor allem die Einfuhr aus Italien.

Die Ausfuhrmenge stieg um 13 Prozent. Dem Werte nach aber sank auch die Ausfuhr, und zwar um durchschnittlich 6 Prozent, darunter am stärksten die Fertigwarenausfuhr. Die Ausfuhr nach der Sowjetunion sank gegenüber dem 2. Vierteljahr um 46 Millionen RM. Gestiegen ist vor allem die Ausfuhr nach England; die Auswirkungen der Ottawa-Konferenz und der neuen englischen Zoll- und Kontingenterstellungspolitik werden erst im 4. Vierteljahr stärker zum Ausdruck kommen.

Der deutsche Ausfuhrüberschuss für die neun Monate von Januar bis September d. J. beläuft sich auf 847 Millionen RM. gegenüber fast 2 Milliarden in den ersten neun Monaten 1931.

Für den soeben abgeschlossenen Monat Oktober wird eine Steigerung des Außenhandels um etwa 9 Prozent gegenüber September gemeldet und damit für die „Ankurbelungspolitik“ Papens Stimmung gewacht. In Wirklichkeit beruht diese Steigerung einmal auf der Tatsache, daß der Oktober einen Tag mehr hat als der September und zum andern daß alljährlich im Oktober eine Steigerung eintritt, die dann meist im November wieder durch umso stärkeren Rückgang ausgeglichen wird.

ausgehen werde. Die Parteisekretäre und Parteivorstandsmitglieder denken sich etwas ganz anderes. Sie wollen mit ein paar sehr radikalen Resolutionen für zu nichts verurteilen und durch ein paar neue Männer im Parteivorstand die unzureichende Anhängerschaft wieder beruhigen. Auch dieser unbedeutende Parteitag wird und kann nicht das bringen, was die sozialdemokratischen Arbeiter ersehnen. Darum müssen sie in ihrer Kritik und in ihrem politischen Willen weitergehen. Unsere Aufgabe ist es, ihnen dabei kameradschaftlich zu helfen.

Der Ruf nach der Einheitsfront

Auf dem Parteitag der österreichischen Sozialdemokratie, der in diesen Tagen stattfand und zu dem in der SAZ noch einiges zu sagen sein wird, sind bemerkenswerte Äußerungen zur Frage der proletarischen Einheitsfront gefallen. Zuerst hat der Sprecher der deutschen Sozialdemokratie Paul Löbe dieses Thema angeschnitten und davon gesprochen, daß der Drang zur Einheitsfront in der deutschen Arbeiterklasse immer mehr wachse und unter dem Druck der Reaktion auch die noch vorhandenen Widerstände (die Löbe einseitig nur bei der KPD sieht) überwunden werden würden. Dann hat der Führer der österreichischen Sozialdemokratie, Otto Bauer, diesen Gedanken ausführlicher behandelt. Er erklärte, unter stürmischem Beifall des Parteitag, daß die Einheit der Arbeiterklasse nicht durch Einheitsfrontmanöver in den einzelnen Ländern geschaffen werden könne, sondern nur durch ehrliche Verhandlungen zwischen den beiden Internationalen, zwischen Zürich und Moskau. Allerdings sei der geeignete Zeitpunkt dafür noch nicht gekommen; inzwischen müsse auf beiden Seiten psychologische Vorarbeit geleistet werden. Der Augenblick zum Zusammengehen aller Arbeiter werde vielleicht dann gekommen sein, wenn die Sowjetunion die Bundesgenossenschaft des gesamten Weltproletariats nicht mehr entbehren könne und wenn das Weltproletariat in diesem Augenblick seine Pflicht, die Bundesgenossenschaft ohne jeden Vorbehalt zu leisten, auch wirklich erfüllen werde.

Man braucht die Bedeutung dieser Reden nicht zu überschätzen, man kann ruhig zugeben, daß besonders Löbes Worte sicher unter dem Druck der Massenstimmung zur Beruhigung der sozialdemokratischen Anhänger gesprochen worden sind. Aber umso wichtiger ist es, daß von der anderen Seite, von der kommunistischen Partei, wirklich leninistische Einheitsfrontpolitik getrieben wird. Davon ist aber jetzt, wie in den letzten Jahren überhaupt, nichts zu spüren.

Die „Rote Fahne“ antwortet auf die Rede Löbes mit einem Artikel, der nichts als die seit langem bekannten persönlich gefärbten Angriffe und Beschuldigungen gegen die reformistischen Führer enthält. Ganz gewiß ist fast alles, was von dem kommunistischen Zentralorgan über die Schuld der reformistischen Führung gesagt wird, nur allzu wahr. Aber ebenso gewiß ist, daß man auf diese Weise keinen Schritt weiter kommt. Wenn das kommunistische Blatt sich damit brüstet, daß die Arbeitermassen zur KPD strömen, so ist, wie wir wissen, mit den Wahlerfolgen der KPD der Arbeiterschaft in dieser Situation nur sehr wenig geholfen. Aufgabe einer revolutionären Partei ist es, die Massen des Proletariats zum außerparteilichen Kampf zu mobilisieren und sich selbst die Führung der Arbeiterklasse zu erkämpfen. Beides erreicht man aber mit den bisherigen Methoden der KPD nicht.

Wäre das Zentralkomitee der KPD weniger von Wahlerfolgen berauscht und dafür politisch besser beraten, so wäre die Antwort an Löbe anders ausgefallen. Man hätte die sozialdemokratischen Führer beim Wort nehmen müssen, hätte ihnen in freimütiger Antwort sagen müssen, daß einheitliche Aktion der Arbeiterklasse nur auf dem Boden revolutionären Kampfes erfolgreich sein kann, man hätte ihnen ein Mindestprogramm sachlicher Voraussetzungen des Zusammengehens vorlegen müssen. Damit würde die Diskussion in den Arbeitermassen auf die richtige Bahn gelenkt, damit wäre der Arbeiterklasse und zugleich der kommunistischen Partei am besten gedient. Leider besteht nicht die geringste Hoffnung auf eine solche Wendung. Die Führung der KPD fährt fort, die sozialdemokratischen Arbeiter vor den Kopf zu stoßen — und die reformistischen Führer lachen sich ins Fäustchen, weil sie sich keinen besseren Helfershelfer als dieses Zentralkomitee wünschen können.

Die Aufgaben der SAP sind riesengroß und müssen mit allen Kräften bewältigt werden.

Ist das wahr?

Am 13. November erhielt die Internationale Hilfs-Vereinigung einen Brief der Witwe Ida Großkopf aus Ueckermünde, in dem sie mitteilt, daß ihr Sohn Paul am 3. November durch zwei Polizeibeamte ohne jeden Haftbefehl wie ein Verbrecher zum Bahnhof und von dort in die Heilanstalt Stralsund geführt worden sei, ohne daß er irgendwie geistig erkrankt wäre. Sie behauptet, daß diese Ueberführung erfolgt sei, weil ihr Sohn sich den Honoratioren der Stadt und dem Landrat politisch mißliebig gemacht habe.

Politik der Woche

Das Signal aus Genf

Die blutigen Ereignisse, die sich in der vergangenen Woche in der Völkerbundstadt am Genfer See zugezogen haben, gewinnen an Bedeutung, wenn man daran denkt, wie ruhig es sonst in diesen Schweizer Städten zuzugehen pflegt. Heftige Straßenkämpfe, gewaltige Arbeiterdemonstrationen, politischer Operastreik, dreizehn Tote und viele Verwundete — das besagt für Genf und die Schweiz viel mehr als für eine Großstadt Deutschlands, Englands oder Frankreichs. Wenn jetzt auch in diesem Lande, das immerhin von den schlimmsten Kriegsfolgen verschont blieb und erst in den letzten Jahren in den Strudel der allgemeinen kapitalistischen Krise gerissen wurde, solche Stürme ausbrechen, dann ist das ein Signal für die bürgerliche Klasse aller kapitalistischen Staaten. Und so sind diese Ereignisse auch von der bürgerlichen Presse, insbesondere in Deutschland, gewertet worden. Mit Recht sieht man in diesen Vorgängen einen Beweis für die Verzweiflung der von der kapitalistischen Krise getroffenen Massen, und ein besonderer Schrecken ist dem Bürgertum in die Glieder gefahren, als bekannt wurde, daß Teile des Schweizer Militärs offen ihre Solidarität mit den Arbeitern bekundeten.

Der Riese Proletariat rührt sich wieder, er tut seine ersten, noch zögernden Schritte nach einer allzulangen Atempause. Was ihm noch fehlt, nicht nur in der Schweiz, das ist eine zielklare Führung, die gewillt ist, vorwärts zu marschieren bis zur letzten Konsequenz. Das ist in Genf nicht geschehen. Der Generalstreik der Genfer Arbeiter war von vornherein auf 24 Stunden begrenzt und nicht mit politischen Forderungen verbunden, und die Arbeiterschaft der anderen Schweizer Städte begnügte sich mit Sympathieerklärungen und Protestversammlungen. Man sieht, die Führung der Schweizer Sozialdemokratie ging nur soweit, wie sie nach dem Willen und Fühlen der empörten Arbeiter unbedingt gehen mußte.

Immerhin mag man zu ihrer Entschuldigung anführen, daß der revolutionäre Kampf in einem kleinen Lande, wie es die Schweiz ist, isoliert nicht über einen gewissen Punkt hinausgetrieben werden kann. Umso größer muß auch in diesem Zusammenhang wieder die Verantwortung der deutschen Arbeiterklasse erscheinen. Man kann ohne die geringste Ueberreibung sagen, daß die Befreiung des europäischen Proletariats heute in erster Linie abhängt von dem, was das deutsche Proletariat tut oder unterläßt. Keine Ueberwindung des Faschismus in Italien, Ungarn oder auf dem Balkan, kein Sieg der Arbeiterklasse in Skandinavien, der Schweiz, Holland oder Belgien, Oesterreich oder der Tschechoslowakei ohne vorhergehenden oder mindestens gleichzeitigen revolutionären Vormarsch der deutschen Arbeiterklasse!

Aber auch in Deutschland fehlt hierfür noch immer die Verwirklichung einer entscheidenden Voraussetzung: die revolutionäre Führung. Die sozialdemokratischen Führer stehen mehr als je auf dem Boden, den sie in den entscheidenden Tagen des 9. November 1918 bezogen: sie lassen die Revolution wie die Sünde. Der „Vorwärts“ hat das in

einer einfach schamlosen Weise auch gegenüber dem Kampf der Genfer Arbeiter zum Ausdruck gebracht. Während sogar linksbürgerliche Zeitungen in schärfster Form gegen das blutige Werk des Schweizer Militärs protestierten, schob das Zentralorgan der deutschen Sozialdemokratie den Kommunisten die Schuld an den blutigen Vorgängen zu und schämte sich nicht einmal, auch den radikalen sozialdemokratischen Führer Nicole zu denunzieren. Die kommunistische Partei aber bewies, daß sie in der Schweiz ebenso unfähig ist, die Massen zum revolutionären Kampf zu führen wie in Deutschland. Die Genfer Vorgänge sind also nicht nur für das Bürgertum, sondern auch für die Arbeiterklasse ein Signal, das erneut die Aufgabe zeigt, mit der Schaffung und Stärkung einer von der SPD- und KPD-Bürokratie unabhängigen revolutionären Partei, für die in Deutschland in der SAP die Grundlagen bereits vorhanden sind, dafür zu wirken, daß künftige Kämpfe nicht nur Revolution, sondern Revolutionen werden.

Vertrauenskrise in der SPD

Der Konflikt, der in der badischen Sozialdemokratie um die Frage der Stellung zum Konkordat ausgebrochen ist, beleuchtet blitzlichtartig die Situation in den Reihen der SPD. Als vor Jahren die preußische Sozialdemokratie beim ersten, grundsätzlich viel wichtigeren Konkordat nicht nur — wie jetzt in Baden — Stimmenthaltung übte, sondern positiv für das Konkordat stimmte, da gab es zwar allerhand Kritik in der SPD, aber von irgendeiner Erschütterung der Organisation war nicht die Rede. Im Gegenteil: der Apparat war stark genug, mit organisatorischen Maßnahmen gegen allzu kritische Genossen in der SPD und im Deutschen Freidenkerverband vorzugehen. Jetzt sieht das Bild doch wesentlich anders aus. Die allgemeine Erbitterung der sozialdemokratischen Arbeiter und besonders auch der Funktionäre über die verhängnisvolle Politik der SPD-Führung ist so groß, daß nur noch ein solcher Anlaß notwendig ist, um einen offenen Konflikt zum Ausbruch zu bringen, der vor der ganzen Öffentlichkeit ausgefragt wird. Sogar ein außerordentlicher Parteitag mußte schleunigst einberufen werden.

Was hier gesagt wurde, gilt nicht etwa nur für Baden, sondern es gilt für die ganze Sozialdemokratie. Auch andere Bezirke, so Berlin, mußten außerordentliche Parteitage zusammenrufen und aller Wahrscheinlichkeit nach wird schon in nächster Zeit ein außerordentlicher Parteitag der Sozialdemokratie Deutschlands stattfinden. Eine große Reihe von Bezirken haben das einstimmig gefordert, und es ist bezeichnend für die Stimmung in der SPD, daß von verschiedenen Bezirken ein Parteitag hinter verschlossenen Türen gefordert wird, weil man mit sehr heftigen Auseinandersetzungen rechnet.

Die sozialdemokratischen Arbeiter, die kleinen und mittleren Funktionäre, setzen auf diesen Parteitag die, wenn auch schon unsicher gewordene, Hoffnung, daß von ihm eine Erneuerung der Sozialdemokratie, eine Umkehr in ihrer politischen Linie und Führung

Der Zufall als Erfinder

Wie splitterfreies Glas gemacht wird

Das nichtsplitternde Glas, das für Automobilitäten von großer Bedeutung ist, verdankt seine Erfindung einer zufälligen Beobachtung des französischen Chemikers Benedictus. Dieser ließ 1907 eine Flasche fallen, in deren Innerem sich durch Verdunstung eines Lösungsmittels eine Haut der gelosten Substanz gebildet hatte. Beim Fall zerfiel die Flasche nicht in Scherben und diese Tatsache veranlaßte den Forscher zum Ausbau des Verfahrens für praktische Zwecke. Heute gibt es vielerlei Verfahren, doch muß sehr sorgfältig auf die reine Durchsichtigkeit und Beständigkeit der fertigen Ware geachtet werden.

Das gewöhnliche Fensterglas das Bild verzerrt, nimmt man reines Spiegelglas von drei Millimeter Stärke, das mit Wasser und Bismut gemischt wird, und das man mit einer gelatinösen Klebemasse überzieht. Die verwendeten Zelluloidplatten werden in der Durchsicht gegen weißes und schwarzes Hintergrund, unter ultraviolettem Licht und auf flüchtige Bestandteile geprüft, dann jede Tafel wie ein Sandwich zwischen zwei Glasplatten geformt, in der Hitze mit 10 Atmosphären Druck in einem Druckgefäß gepreßt, das den Luftdruck gleichmäßig auf die Plattenoberfläche verteilt.

Die Kanten werden geglättet und gegen das Eindringen von Feuchtigkeit mit Harzkitt verklebt. Kugelsicheres Glas besteht aus zwei Zelluloidplatten zwischen drei Glasplatten, von denen die mittlere 18 Millimeter stark ist.

Rückgang der deutschen Buchproduktion

In diesen Tagen wurden vom deutschen Buchhandel die Zahlen über die Buchproduktion in Deutschland für die ersten drei Quartale des Jahres 1932 bekannt gegeben. Im ganzen wurden 14 752 Exemplare hergestellt. Dabei handelte es sich in 12 439 Fällen um Erstauflagen und bei 2 313 um Neuauflagen. Vollkommen neu erschienen sind 10 192 Bücher, 4 298 Broschüren und 262 Flugblätter. Während der Berichtszeit war ein stetiger Rückgang im Vergleich zu den Vormonaten und erst recht zu den vergangenen Jahren zu verzeichnen. So betrug die monatliche Produktion im Juni noch 1 746 Exemplare während sie sich im September nur noch auf 1 188 Exemplare belief.

Trotz der vielfachen Ankurbelungsaktionen des verwinkelten Herrn Papen ist, wie aus diesen Zahlen hervorgeht, auch auf dem Gebiet der Buchproduktion die Produktionsschrumpfung weiter vorgeschritten. Das unsinnige System des Kapitalismus hat alle Aussichten aus dem Volk der „Dichter und Denker“ ein Volk von Barbaren zu machen. Wie kläglich muß die Zahl der in Deutschland produzierten Bücher erscheinen, wenn man an die nach Hunderttausenden zählenden Neuerscheinungen und Auflagen in der Sowjetunion denkt. Aber um wieviel trauriger muß erst die Statistik des Bücherverkaufs in Deutschland aussehen, wenn der Durchschnittspreis der 1932 in Deutschland produzierten Bücher 5,36 Mark betrug also erheblich mehr als das wöchentliche Einkommen von Millionen Menschen.

Der Moskauer Autobus- und Taxi-Verkehr

im 1. und 2. Fünfjahresplan — Moskauer Verkehrsprobleme

Die russische Fremdenverkehrswirtschaft hat in den letzten Jahren ziemlich rasche Fortschritte zu verzeichnen, so daß die Lösung der Verkehrsprobleme, namentlich in der Hauptstadt der Sowjetunion, immer dringender wird. Es ist selbstverständlich, daß bei der Erweiterung des Moskauer Verkehrs auch dem Ausbau des Autobus- und Taxi-Verkehrs eine besondere große Aufmerksamkeit geschenkt wird. Daher sieht der zweite Fünfjahresplan eine beträchtliche Steigerung des Autobus- und Taxi-Bestandes vor. Gegen Ende 1933 sollen in Moskau 850 Autobusse in Betrieb sein und 1937 soll der Fuhrpark über 2700 Fahrzeuge erreichen. In diesem Jahr schon befördern die Autobuslinien über 145 Millionen Fahrgäste. Bis 1937 soll die Zahl der Fahrgäste auf 700 Millionen gesteigert werden. Mit dem Jahre 1935 wird erstmalig der dreischichtige Autobusverkehr eingeführt werden, wobei sich die Zahl dieser Fahrzeuge 1937 auf 200 steigern wird. Im nächsten Jahr soll die Zahl der Autodroschken auf 1000 gebracht werden. Gegen Ende des zweiten Fünfjahresplanes wird Moskau über 5000 Taxis verfügen.

Verschärftes russisches Arbeits-Dekret

Moskau, 17. November.

(Telegraphen-Agentur der Sowjetunion.) Die Regierung hat ein Dekret erlassen, durch das die bisherige Bestimmung, wonach bei einer nicht gerechtfertigten Arbeitsversäumnis von drei Tagen die Entlassung zulässig war, dahin abgeändert wird, daß der Arbeiter schon dann mit der Entlassung aus dem Betriebe rechnen muß, wenn die ungerechtfertigte Arbeitsversäumnis auch nur einen Tag dauerte.

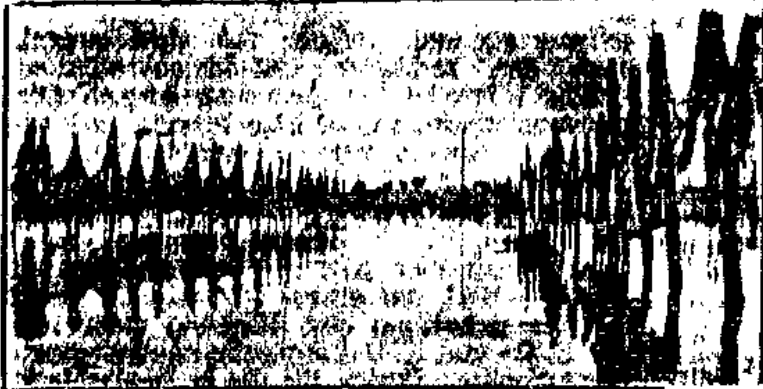
Das Dekret begründet diese Verschärfung der bisherigen Bestimmung damit, daß unter den jetzigen Bedingungen bei dem Nichtvorhandensein von Arbeitslosigkeit ein duldsames Verhalten gegenüber einer Arbeitsversäumnis von drei Tagen zur Lässigkeit anspornt und so den normalen Verlauf der Produktion stört und die Interessen der Werktätigen schädigt.

Bilder der Woche



In Genf wurde das schweizerische Volkshier gegen die Proleten eingesetzt. Unser Bild zeigt den Mobilisierungsauftrag für die Reservisten in Genf.

Rechts oben das Bild des Genossen Nicole, der als führender Sozialist verhaftet wurde. Die Klassengegensätze sind auch in der Schweiz aufs äußerste verschärft.



In endloser Reihe hängen seit langem unbenutzt die Netze der Fischer; Krise und Haftkrankheit haben auch diesen Wirtschaftszweig lahmgelegt.

Während die Handelsschiffe in den Häfen der kapitalistischen Länder verfaulen, die Schiffsfriedhöfe füllen, hat die Sowjetunion ihre Handelsflotte verdreifacht. Deutsche Kapitalisten haben in diesen Tagen 7 Dampfer an die Sowjetunion verkauft. Besser kann sich der Zusammenbruch der kapitalistischen Wirtschaft im Gegensatz zum Aufbau in der Sowjetunion nicht zeigen.



Eine deutsche Giftgasfabrik hat einen Schutzanzug gegen Stoff durchdringende Kampfgase hergestellt. Für die Proleten sind solche kostspielige Schutzvorrichtungen nicht gedacht sie sollen einzig und allein die Besitzenden schützen. Aber wir dürfen uns damit zufrieden geben. Noch immer ist jede Schutzvorrichtung im Krieg durch neue Kampfmittel unwirksam gemacht worden. Bald wird es Kampfgase geben, die auch diese Schutzkleidung für reiche Leute durchdringen werden. Bis dahin werden die, die vom Sterben der Massen leben ihre Profite einheimen.



In USA wurde der „Nasse“ Roosevelt zum Präsidenten gewählt. Er hat den Wahlkampf wie sein gegenwärtig amtierender Vorgänger Hoover mit den ungeheuerlichsten Versprechungen wirtschaftlicher Art bestritten. Auch Roosevelt wird an der Weltkrise des Kapitalismus scheitern, auch seine Versprechungen werden Versprechungen bleiben.



Der ungarische Faschist und derzeitige Ministerpräsident von Horthy Gnaden, Julius Gömbös, hat zwar erst vor wenigen Wochen sein Programm „die Wiederaufrichtung Ungarns“ verkündet, dennoch eilte er in diesen Tagen nach Italien, um der vollkommen darniederliegenden Wirtschaft des faschistischen Ungarn, Ausfuhrmöglichkeiten zu schaffen. Auch diese Keise des Julius Gömbös wird die vollkommen bankrotte faschistische Herrschaft in Ungarn nicht vor dem Zusammenbruch bewahren können.

Rattenplage

In der französischen Hafenstadt Le Havre, in der es schon immer eine Unzahl Ratten gab, ist eine so unheimliche Vermehrung dieser Nagetiere eingetreten, daß sich die Bevölkerung ihrer kaum erwehren kann. Die hungrigen Tiere, die eine beträchtliche Größe erreichen, überfallen die in der Nähe des Hafens gelegenen Häuser und lassen sich auch durch die Nähe der Menschen nicht abschrecken. Der Schaden, den sie in der Stadt angerichtet haben, ist sehr beträchtlich.

Sie nagten die elektrischen Kabel an, sie beschädigen die Telefonleitungen unter der Erde

und die Postdirektion von Le Havre sieht sich außerstande, mit dem ihr zur Verfügung stehenden Personal die Schäden so rasch zu beheben, als notwendig wäre. Eine besondere Kommission wurde nach Le Havre berufen, um die geeignetsten Maßnahmen zur Rattenbekämpfung ausfindig zu machen. Da sich die Ratten ganz ungescheut am hellen Tage auf der Straße zeigen, hat die Stadtverwaltung beschlossen, die Straßen nicht, wie es bisher üblich war, nur am frühen Morgen zu reinigen und gleichzeitig die Abfälle zu besetzen, sondern die Reinigung zwei- bis dreimal am Tage vorzunehmen, um den Ratten die Nahrung zu entziehen.

Auch in London wurde kürzlich im Gesundheitsamt die immer drohender werdende Gefahr der Rattenplage erörtert. Ein Fachmann wies darauf hin, daß besondere Gefahr von der sogenannten Moschus ratte drohe, die man noch vor einigen Jahren in England nicht kannte.

In einem Steinbruch verschüttet

In einem Steinbruch bei Angers (Département Maine-et-Loire) wurden mehrere Arbeiter verschüttet. Bisher sind zwei der Verschütteten als Leichen und zwei in schwerem verletztem Zustand geborgen worden.

Eine Großfärberei in Lodz niedergebrannt

Die Großfärberei Cytryn Nachfolger wurde durch eine Feuersbrunst vollständig zerstört. Die Flammen schlugen auf die Nachbarhäuser über, die sofort von den Einwohnern geräumt wurden. Durch die einstürzenden Mauern der Färberei wurden zwei Häuser zerstört, die von 30 Arbeiterfamilien bewohnt waren. Opfer an Menschenleben sind nicht zu beklagen.

Tod eines Arztes durch Starkstrom

Der leitende Arzt des Kantonspitals von Münsterlingen am Bodensee (Kanton Thurgau) Dr. med. Eberli kam bei der Röntgenaufnahme eines Patienten dem Starkstrom zu nahe und stürzte tot zu Boden. Sofort vorgenommene Wiederbelebungsversuche waren erfolglos. Der Verstorbene stand im 52. Lebensjahr.

Katastrophen der Woche

I. Die Insel Cuba wurde von einem Wirbelsturm heimgesucht. Der Sturm und eine Flutwelle zerstörten die Stadt Santa Cruz del Sur völlig. Insgesamt sind bisher 3000 Tote und viele Tausend Verwundete gemeldet worden.

II. In Warschau stürzte ein altes Brauereigebäude ein und brachte dadurch ein danebenstehendes Haus ebenfalls zum Einstürzen. 21 Tote und 26 Verletzte sind zu beklagen.

III. Bei Ashton in England ereignete sich eine Schlagwetterkatastrophe. 25 Kumpel fanden dabei ihren Tod. 20 wurden schwer verletzt in das Krankenhaus eingeliefert.

IV. Die japanischen Inseln wurden von einem schweren Orkan heimgesucht. Es sind etwa 60 Tote zu beklagen.

Neue Bücher

Der Malik-Verlag, Berlin, bringt Anfang November folgende Neuerscheinungen heraus: Ilya Ehrenburg: „Moskau glaubt nicht an Tränen“. Ein Pariser Roman. — Ehrenburgs entscheidende Auseinandersetzung mit Paris und der Internationale seiner Bewohner.

F. C. Weiskopf: „Zukunft im Rohbau“. 18 000 Kilometer durch die Sowjetunion. — Der Verfasser erzählt von seiner sechsten Rußlandreise, die ihn durch die neuen Industriezentren in Sibirien bis an die Grenzen der Mongolei führte.

Upton Sinclair: „Alkohol“. Ein Prohibitionsroman. — Durch den neuentbrannten Kampf um die Frage „Naß oder Trocken“ gewinnt dieses Gemälde der amerikanischen Gesellschaft von heute besondere Aktualität.

Hermynia Zur Mühlen: „Ende und Anfang“. Aus meinem Leben unter Aristokraten. — Ein bestrickend-ironisch gemaltes Bild des alten Oesterreich und des baltischen Rußland des Friedens.

20) Neue Erzähler des Neuen Deutschland. Eine Sammlung junger Prosa. Herausgegeben und eingeleitet von Wieland Herzfelde. — Der Band enthält Beiträge von Walter Bauer, Ernst Glaeser, Oskar Maria Graf, Richard Huelsenbeck, Erich Kästner, Ernst Ottwalt, Theodor Plivier, Stenbock-Fermor, F. C. Weiskopf, Friedrich Wolf, Werner Türk und anderen, meist unbekannteren Autoren.

Stärkt den Pressefond!

„Monte Carlo“

Breslau hat seine neue Attraktion: Der Rummelplatz im Winter. In allen Teilen der Stadt entstehen „Sportpaläste“ usw., in denen „Geschicklichkeits“-Spiele um Geld ausgetragen werden. 10 Pfg. beträgt der Einsatz, und der am meisten Kugel umwirft, oder dessen Kugel in das Loch mit der höchsten Zahl fällt, der erhält je nach der Zahl der Mitspieler 20—40 Pfg. ausgezahlt. Dies alles würde uns an und für sich nicht interessieren, denn es ist uns gleich, wo der Bürger sein Geld los wird. Aber wer sind die Besucher dieser

Roter November

Morgenfeier der Abteilung Westen
Sonntag, 20. November, 10 Uhr,
im Zentralballsaal. Es läuft der
Russenfilm: „Der Weg ins Leben“.
Die „Roten Rufer“ spielen eine
Revue.

Lokale? Es sind zum allergrößten Teil —
Arbeitslose, Proleten. Sehr viele von ihnen
wollten eigentlich gar nicht spielen. So mancher
Arbeitslose geht in erzwungenem Nichtstun
durch die Straßen, frierend, nicht wissend,
wohin mit der überflüssigen Zeit. Da locken
diese Lokale: Ein warmer Raum, Musik, Be-
trieb, Eintritt frei; man geht hinein, um sich
die Sache mal anzusehen. Schon steht man
mitten in dem Schwarm derer, die die Tische
umringen, sieht die Gewinner, die Chancen,
der Spalierler redet gut zu, schon zuckt die
Hand, man greift in die Tasche, man setzt
einen Zehnpfennig. Einen Zehnpfennig nur.
Nur? 10 Pfennige von der kärglichen Unter-
stützung, 10 Pfennige, für die man sich wieder
einmal hätte eine Zeitung kaufen können,
10 Pfennige, die, als Spende gegeben, einem
proletarischen Gefangenen Erleichterung ver-
schaffen könnten. Aber diesen einen 10 Pfennig
folgt bald ein zweiter, ein dritter, denn
„man hat's ja bald geschafft“, „einmal muß
doch die Chance kommen“, „einmal muß man
doch gewinnen“. Gewinnen? Gewinnen tut nur
einer, der Unternehmer, dem von jedem Spiel
10—25 Pfennige bleiben. Von den Spielern
gewinnt fast keiner. Denn wenn einer etwas
gewonnen hat, setzt er im Vertrauen auf sein
Glück weiter, bis er meistens alles verloren
hat. Die allerwenigsten verlassen den Raum
mit mehr Geld als sie ihn betreten haben.
Wieder ein neues Mittel, um dem Proletariat
die letzten Pfennige, die ihm noch bleiben,
für nichts aus der Tasche zu ziehen. Der
klassenbewußte Arbeiter weiß, daß sein Geld,
der Organisation gegeben, weit wertvoller ist,
und meidet diese Lokale. Kalle.

Traum, Wirklichkeit oder Täuschung Erwerbsloser!

Zwei Erwerbslose begegneten sich vor
kurzem beim Stempeln, da frag der eine den
anderen:

„Du hör' mal, hast Du nicht auch in den
Zeitungen, mehrere Tage vor der Wahl vom
6. November gelesen, daß wir Krisenempfänger,
die bis zum Februar 1933 noch Krise erhalten,
eine Erhöhung als Winterhilfsmaßnahme, die
ungefähr 2—3 Mark betragen soll, erhalten?“
„Oh ja, lieber Freund, ich glaube, das habe
ich auch gelesen oder haben wir beide nur ge-
träumt?“

„Nein!“ sagte der andere, „ich habe zwei
Mark von der Krisenunterstützung mehr er-
halten, aber denke Dir, als ich aufs Wohl-
fahrtsamt nach der Zusatzunterstützung kam
— ich habe noch drei kleine Kinder — sind
sie mir wieder abgezogen worden.“

„Nun, lieber Freund, bei mir ist es anders,
ich habe zwar keine Kinder, aber weil ich den
Satz der Bedürftigkeitsprüfung gerade knapp
erreicht, bekommen wir nichts. Aber es hat
doch in Wirklichkeit in den Zeitungen ge-
standen. Weißt Du, wir gehen einmal in die
Erwerbslosenberatung der SPD.“

Hier wurde den beiden leider mit viel-
sagendem Lächeln die Auskunft zuteil, daß
dieses Manöver seine Richtigkeit hätte. Vor
der Wahl eine Hoffnung der armen Erwerbs-
losen — jetzt traurige Enttäuschung. Erwerbs-
lose lernt daraus und zieht eure Konsequenzen.

Kampf im Gastwirtsgewerbe

Vom Zentralverband der Hotel-, Restau-
rants- und Caféangestellten gehen uns nach-
stehende Zeilen zu:

„Die Verhandlungen der gastwirtschaft-
lichen Angestellten vor dem Schlichtungs-
Ausschuß sind gestern abend an den uner-
hörten Forderungen der Arbeitgeber ge-
scheitert.“

Wir bitten die Partei- und Gewerkschafts-
kollegen, die Angehörige in diesen Betrieben
beschäftigt haben, darauf hinzuweisen, daß die
Arbeitgeber kein Recht mehr haben, länger
als 8 Stunden arbeiten zu lassen und jede
Überschreitung der Arbeitszeit im Zimmer
116 des Gewerkschaftshauses melden.

Wir weisen weiter darauf hin, daß kein
Arbeitgeber das Recht hat, in seinem Betriebe
eine weibliche Serviererin Prozente erheben
zu lassen, da dies nur nach dem Tarifvertrag
möglich ist. Sollte trotzdem ein Arbeitgeber
sich das Recht herausnehmen und dennoch
Prozente erheben, so bitten wir diese zu ver-
weigern, und uns, dem Zentralverband der
Hotel-, Restaurant- und Café-Angestellten,
Margaretenstr. 17, Tel. 50652, Mitteilung da-
von zu machen.“

Werbt Abonnenten

Zu den Nazikrawallen

Erklärung des Sozialistischen Studentenverbandes

Der Sozialistische Studentenverband erhebt schärfsten Protest gegen die un-
erhörten Vorfälle an der Breslauer Universität, deren Opfer einer unserer Genossen
geworden ist. Die Vorfälle sind einzig und allein auf den festen Entschluß sämtlicher
reaktionärer Studentenorganisationen vom Waffengang bis zu den Nazis zurückzu-
führen. Noch heute schreibt das Breslauer Naziblatt: „Die Breslauer Studentenschaft
wird den Kampf gegen Cohn mit allen ihr zu Gebote stehenden Mitteln fortzusetzen
wissen.“ Daß es überhaupt soweit kommen konnte, ist auf die Leichtgläubigkeit der
linksergerichteten Studenten zurückzuführen, die aus den Erklärungen und Vorbe-
reitungen der Universitätsbehörden für den heutigen Tag schärfsten Durchgreifen
und Ruhe erwarteten.

Wir erklären jetzt, daß ein Teil der Schuld diejenigen Instanzen trifft, die
sich überhaupt auf Verhandlungen mit den Ruhestörern eingelassen haben und ihnen
dadurch die Gewißheit gaben, daß keine scharfen Maßnahmen zu erwarten seien.
Wir fragen, was ist gegen diejenigen Studenten unternommen worden, deren Namen
von den letzten Krawallen her bekannt sind?

Die heutige Schließung der Universität ist eine glatte Kapitulation vor dem
übelsten Intelligenzpöbel. Zum Schaden der ärmeren Studenten, die jeden Tag für
ihre Arbeit brauchen, können sich die Herren, die anscheinend viel Zeit übrig haben,
amüsieren. Diejenigen Studenten, die ernst arbeiten wollen und müssen, werden
sich gegen diesen Zustand energisch wehren.

Nieder mit dem Studentenpöbel und der Hochschulreaktion!

Sie wähten das dritte Reich herbeigekommen

Der Rücktritt der Regierung Papen vor-
setzte die Nazis gestern in einen wahren
Rausch. Ungehindert durften sie einen bei-
spiellosten Straßenterror ausüben.

Mit den Rufen „Juda verrecke“, „Straße
frei“ räumten sie die Bürgersteige in der
Gartenstraße, demonstrierten sie in großen
Haufen für das Dritte Reich.

Die Polizei schaute der entfesselten braunen
Soldateska tatenlos zu.

Auch in der Schwednitzer Straße lärmten
die Söldlinge des Kapitals, bis in die späte
Nacht Lieder grölend.

Sie wähten das Dritte Reich herbeige-
kommen.

Nun, das Proletariat wird schließlich auch
noch ein Wörtchen mitzureden haben.

Polizei knüppelt auf Frauen

Bei der Wohlfahrtsstelle 4, Breslau-
Gräbchen, hatten sich heute eine große An-
zahl Unterstützungsempfänger, darunter be-
sonders viele Frauen eingefunden, um die
angekündigten Kohlenbezugscheine in Emp-
fang zu nehmen.

Die Bezugscheine wurden je-
doch nicht ausgegeben.

Darüber bemächtigte sich der Anwesenden
eine begriffliche Empörung, die sich noch
steigerte, als ein junger Prolet infolge des
langen Wartens in den ungeheizten Räumen
ohnmächtig zusammenbrach. Die Frauen

drängten schließlich gegen die Büroräume an,
um ihrer Erregung Luft zu machen. Von den
Angestellten wurde daraufhin das Ueberfall-
kommando angeläutet und schneller als die
Kohlenbezugscheine war die Polizei am
Platze, um roh und wahllos auf die Frauen
einzuknüppeln. Es ist das alte Rezept der
kapitalistischen Gesellschaftsordnung: Wer
Hunger hat und friert, bekommt den Gummi-
knüttel zu schmecken. Wir fordern die so-
fortige Abstellung der schon bei den ver-
schiedensten Wohlfahrtsstellen laut ge-
wordenen Mängel. Anderenfalls darf man
sich über die wiederholten Akte proletari-
scher Selbsthilfe nicht wundern.

Landeshuter Querschnitt

Die KPD behauptet bekanntlich einzig und
allein die richtige Einheitsfront zu vertreten,
nämlich nach dem Motto: Und willst du nicht
mein Bruder sein, so schlag ich dir den
Schädel ein! oder nach dem katholischen
Kirchenprinzip: eine heilige kommunistische
Partei, Gemeinschaft der Parteibüro-
kraten (à la Stalin und Thälmann) und Nach-
lassung der Sünden nur derer, die gewillt
sind, die Stiefeln der bezeichneten Bürokraten
abzulegen. Es ist bekannt, daß die KPD die
Einheitsfront in Wort und Schrift führt, in
der Tat aber die Partei selbst nur meint. So
ist es auch hier. Da die Partei als solche
nicht mehr zieht, mit Ausnahme des Stim-
mzettelkampfes, hat sie so allerlei sogenannte
überparteiliche Organisationen aufgezogen.
Erst war es der Kampfbund, der auch über-
parteilich sein will, dann der Massenselbst-
schutz. Zum Aufziehen einer solchen Organi-
sation bedient sie sich von politisch wie
taktisch nicht auf ihrer Seite Stehenden.
Nachdem es aber gelungen ist, eine größere
Zahl zusammen zu bekommen, hört die To-
leranz auf. Da gibt es nur KPD-Linie-Lektüre
zu lesen, und das Ganze untersteht dem
KPD-Oberkommando. Die in diesem Selbst-
schutz Organisierten müssen KPD-Agitation-
arbeit verrichten, wie Zeitungen verkaufen,
Flugblätter verteilen und anderes mehr.

Wie es in der von ihr besonders ange-
priesenen überparteilichen IAH aussieht, nur
folgendes Beispiel.

Vor der Wahl hatte sie einen sogenannten
Lichtbilderabend der IAH einberufen, in dem
Lichtbilder von Rußland gezeigt werden sol-
ten. Ein ehemaliger SPD-Funktionär, früherer
Betriebsratsvorsitzender bei Krupp, der Sow-
jetrußland besichtigt hatte, sollte einen Be-
richt geben. Was er über Sowjetrußland sagte,
war nichts Neues, nur das eine konnte man
herausmerken, daß er ein ganz ausgekochter
ehemaliger SPD-Bonze war, der jetzt seine
Rolle gewechselt hat und mit derselben
Raffinesse auch hier arbeitet. Nach einer
Pause soll ihn, wie er behauptete, ein SPD-
Mitglied gefragt haben, was er denn nach
seiner Rückkehr aus Rußland als SPD-
Funktionär tat und was er jetzt wohl wählen
wolle. Daß ihm die Frage so gestellt wurde,
ist schon deshalb unmöglich, weil aus seiner
Rede auch der politische Laie herausmerken
konnte, daß er KPDist ist und als solcher
natürlich KPD wählt. In der Tat wurde ihm
diese Frage gar nicht gestellt, sondern es war
nur ein ausgedachter Vorwand, um die Ver-

sammlung nun zu fragen und darüber ab-
stimmen zu lassen, was sie nun wählen wolle.
Er ließ deshalb darüber abstimmen: wer KPD
wählt, der hebe die Faust hoch, und die
Gegenprobe; wer sie nicht wählt, der hebe
die Hand, wie die Nazis, hoch; dieses
sollte gleichzeitig diffamierend wirken.

Mit Recht ist von einem Versammlungs-
besucher der Zwischenruf gemacht worden:
„Sind wir hier denn im Affentheater?“

Ziemlich nach demselben Muster macht
es auch die SPD. Auf Plakaten hieß es: Weg
mit Kozis und Nazis, wer nicht SPD wählt,
hilft den Nazis usw. Der Versammlungssaal
wird mit Eiserner-Front-Fahnen dekoriert. Die
alte ehrwürdige sozialistische Farbe Rot, die
man noch vor nicht langer Zeit wie ein Stier
fast haßte, hat man aus der Mottenkiste
wieder herausgeholt, um die Proleten zu täu-
schen. Die Politik ist aber noch genau die-
selbe wie unter der schwarzrotgoldenen Fahne.

Während man am Anfang der Versamm-
lung ein politisches Kabarett aufführt und
darin die Nazis mit Hitler dem Allmächtigen
und seine Politik ins richtige Licht stellt, die
Jugend „Rote Rebellen“ eine Rezitation nach
dem Sinne „Prolet, greif zu“ bringt, zeigt der
Redner in seinem Kundgebungsvortrag so-
fort, wo der Prolet zugreifen soll, nämlich
nach dem Stimmtettel. Was der Redner dann
weiter bringt, ist nichts Neues, man kann es
zusammenfassen in die Tarnowsche These:
„Arzt und zugleich fröhlicher Erbe des kapi-
talistischen Systems.“

Ist die SPD das Vaterland, jenen feudalen
Staatsbegriff, im Herzen trägt, darf es nicht
in der Rede fehlen. Das hindert die Kapelle
nicht, am Ende die Internationale anzu-
stimmen, um somit den Glauben zu erwecken,
daß man jetzt ganz und gar Marxist ist.

Die Nazis sind so national, daß sie sich
einen leibhaften italienischen Faschisten hol-
ten, der ihnen über deutsche Belange zu er-
zählen sollte. Bekanntlich war Mussolini, der
Vater des Faschismus, der größte Schürer
und Propagandist für Eintritt Italiens in den
Krieg gegen Deutschland. Wir haben es noch
nicht vergessen, wie die deutschen Militaristen
damals schrien: Gott strafe England und
Italien! Nach der Machtergreifung Mussolinis
hat der Duce gesagt, die Entente habe den
Fehler begangen, daß sie Deutschland Pardon
gegeben hat, als es um Waffenstillstand und
Frieden bat; man hätte es zerstücken sollen.
Da die Entente es nicht getan hat und daher

Kein nicht ein größerer Pappst ange-
fallen ist, wurde die politische Stimmung, be-
sonders zwischen Italien und Frankreich ge-
trobt. Mussolini hat sich um ein politisches
Deutschland bemüht, und auf diesen und
die Nazis gut und auch erhaltend gewirkt.

Bei dieser Wucht von politischer Verwirrung
braucht man sich nicht zu wundern, daß
die SPD, die von der IAH beherrscht ist,
die Wähler schon nicht mit dem Stimmmen-
genüß, sondern mit dem politischen Gerede
das beweist über die Partei, die die IAH
Nur eine einzige Partei in Deutschland ist,
die der Arbeit und nicht der Wohlstand
sagt und den politischen Verwirrungen der
faschistischen Arbeiterbewegung, die die
Ist die SPD, die IAH.

Prozeß mit 148 Angeklagten

Beuthen, 17. November.

Donnerstag beginnt vor dem Oppelner
Amtsgericht der Prozeß gegen 148 Angeklagte,
darunter Dr. Kluge-Karlsruhe OS, und Heil-
kundiger Schaler, denen große Versicherungs-
betrügereien im Landkreis Oppeln zur Last
gelegt werden. Bei diesen Betrügereien spielt
eine geheimnisvolle Salbe eine große Rolle.
Die Versicherungsgesellschaften sind durch
diese Betrügereien um mehrere 1000 Mark
geschädigt worden.

Milde beurteilt

Die Große Strafkammer verurteilte den
Garagenmeister Erich Maifß wegen berufs-
fahrlässiger Tötung zu einem Monat Gefäng-
nis; die Strafe wurde in eine Geldstrafe von
300 Mk. umgewandelt. Am 2. Weihnachts-
feiertag vorigen Jahres wurde von Passanten
auf der Chaussee vor Mariasflöschchen der 31
Jahre alte Obermüller Artur Drechsler sehr
schwer verletzt aufgefunden. Nach kurzer
Zeit verstarb Drechsler. Die Ermittlungen
ergaben, daß Maifß den Obermüller über-
fahren hatte. Die Anklage lautete auf fahr-
lässige Tötung, weil Maifß einen Verletzten
in hilfloser Lage zurückgelassen hatte, denn
tatsächlich hatte er den Zusammenstoß auf
der Chaussee bemerkt. Die Insassen waren
auch herausgestiegen und hatten nachgesehen,
doch nach ihrer Aussage in der Dunkelheit
nichts bemerkt. Der Staatsanwalt beantragte
mit Rücksicht auf die schweren Folgen des
Unfalls, und da der Sachverständige bekundet
hatte, daß seitens Maifß eine sehr grobe Fahr-
lässigkeit vorlag, sechs Wochen Gefängnis.
Das Gericht sprach ihn, soweit es sich um
Führerflucht handelte, frei, da ihm mit Be-
stimmtheit nicht nachzuweisen war, daß er den
in einiger Entfernung liegenden, schwer
verletzten Radfahrer gesehen haben mußte.

Erdstoß in Beuthen verspürt

Beuthen, 17. November.

Im Stadtteil Kleinfeld wurde ein heftiger
Erdstoß verspürt, der auch von dem Seismo-
graphen der Oberschlesischen erdwissenschaft-
lichen Landesanstalt in Ratibor aufgezeichnet
wurde. Da am heutigen Feiertag auf den
Gruben keine Schichtverfahren wird, steht
bisher noch nicht fest, ob der Erdstoß mit
Zerstörungen unter Tage zusammenhängt.
Diesbezügliche Meldungen der unter Tage
befindlichen Brandwachen liegen aus den in
Frage kommenden Gruben des Beuthener
Bezirks bisher nicht vor.

Setzfehler-Berichtigung

In unserer gestrigen Nummer hat sich in
den Artikel „Ueberfüllte Konsumversamm-
lung“ ein sinnentstellender Setzfehler einge-
schlichen. Es darf dort in der letzten Spalte
im ersten Absatz nicht heißen: „Die Ge-
nossen Z i r o n und S c h m i d t verteidigten
den bisherigen Vorstand“, sondern „Die Ge-
nossen Z y r o l und S c h m i d t verteidigten
als Mitglieder des Betriebsrates die Genossen-
schaftsbewegung als solche.“

Totenfeier des Deutschen Freidenker-Verbandes E. V.

Mitglieder und Gäste des DFV haben
sicher noch die Morgenfeier vom 2. Oktober
im guten Gedächtnis und werden daher mit
Freude begrüßen, daß die Ortsgruppe bereits
am Sonntag, den 20. November, eine neue
Feierstunde veranstaltet und zwar eine Toten-
gedächtnisfeier.

Ein Künstlerstreichquartett wird zwei
große Quartette von Beethoven und Haydn
bringen. Außer einer Gedächtnisrede für die
verstorbenen Mitglieder durch den Vor-
sitzenden folgt ein literarischer Teil, den der
Schauspieler Dr. Paul Camill Tyndall, Wien,
bestreitet. Unter dem Titel „Die Toten an
die Lebenden“ spricht dieser Meister der Rhet-
orik Viktor Hugos Rede an Voltaires 100.
Todestag am 30. Mai 1878 vor der Akademie
in Paris, und Erich Kästner: Stimmen aus
dem Massengrab. Nach eigenen Worten folgen
Verse von Lersch, Anzenruber, Goethe und
Heinrich Heine.

Der Einlaß beginnt 17 Uhr 30, punkt
18 Uhr beginnt die Veranstaltung. Ende vor-
aussichtlich 20 Uhr. Rauchen und Bei-
fall verboten. Kleinkinder
haben keinen Zutritt. P.

Der Weg ins Leben!

Dieser große Russen-Tonfilm läuft in der
„Roten Novemberfeier“ am Sonntag
früh 10.30 Uhr im Proleten! Unkosten-
beitrag 20 Pfg.

Parteigenossen! Parteigenossinnen!
Unterstützt unsere Jugend bei dieser
Veranstaltung!

